Donnerstag, 11. November. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 9426. Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 ℛℳ 50 ₰. — Auswärts 5 ℛℳ — Inserate, pro Petit-Zeile 20 ₰, nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüßler. 1875.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Versailles, 11. November. Die Nationalversammlung setzte gestern die Berathung des Wahlgesetzes fort und nahm die Artikel 7 bis 11 an. Die Abstimmung des Artikels 12 wurde vertagt infolge eines Antrages Bethmont (Linke), welcher verlangt, daß die Offiziere und Generäle der Territorialarmee nicht wählbar in den Bezirken sein sollen, wo sie ihre Functionen ausüben. Artikel 12 wurde an die Commission zurückverwiesen. Artikel 13, welcher ein imperatives Mandat für nichtig erklärt, wurde, obgleich es von dem Radicalen Naquet bekämpft wurde, mit 587 gegen 57 Stimmen angenommen. Darauf wurde die Discussion des Artikels 14 begonnen, welcher die Wahlform (Arrondissements- oder Listenscrutiniums) betrifft. Antonin Pontalis vertheigte das System der Einzelwahlen. Lure (linkes Centrum) trat für das Listenscrutinium ein.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 10. Nov. Gemäß § 6 des Gesetzes über die Verwaltung erledigter Bisthümer erfolgte gestern die Beschlagnahme des Breslauer Diöcesanvermögens. Die Ausführung derselben ist dem Regierungsrath v. Schuckmann übertragen worden.

London, 10. Novbr. Durch nunmehr vorliegende amtliche Nachrichten von Perak wird bestätigt, daß der zur Verfolgung der Mörder des britischen diplomatischen Agenten Birch abgesendete Capitän Innes mit seinem Truppendetachement die Malayen am 7. c. unweit des Ortes, wo der Mord geschah, angegriffen hat, daß dieser Angriff aber mißglückte und Capitän Innes bei demselben getödtet wurde. Es sind Befehle nach Hongkong und Calcutta zur Herbeiziehung von Truppenverstärkungen abgegangen.

Reichstag.

8. Sitzung vom 10. November.

Die gestern vertagte erste Berathung des Gesetz-Entwurfes wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds wird fortgesetzt.

Abg. Richter (Hagen): Zunächst muß ich dem Herrn Abg. Bamberger meine volle Zustimmung zu erkennen geben, darüber, daß er auf die mangelhafte Organisation unserer obersten Reichsbehörden gestern aufmerksam gemacht hat. Das Bedürfniß nach verantwortlichen Reichsministerien ist in diesem Hause schon wiederholt betont worden, ich selbst habe 1873 bei Gelegenheit der Berathung des Invalidenfondsgesetzes darauf aufmerksam gemacht, wie schwer sich das Bedürfniß eines Finanzministers gerade nach Bildung dieser Fonds fühlbar macht. Nicht, wie man wohl gesagt hat, die Firma Ellwanger u. Comp. ist verantwortlich für das hier in Frage stehende, sondern der Reichskanzler selbst, der sich nicht verantworten kann, weil er nicht da ist. Den größten Theil des Jahres hindurch sind nur Vertreter des allein verantwortlichen Ministers zur Stelle, während der Träger der Politik sich veranlaßt oder auch gezwungen sieht, auf seinem entlegenen Gute in Hinterpommern zu weilen. Das ist ein Verhältniß, das für Kaiser und Reich wenig angemessen ist. — Den Invalidenfonds habe ich nie für eine rationelle Einrichtung angesehen und die Gründe dafür ausführlich 1873 dargelegt. Da damals keine Aussicht vorhanden war, die Bildung des Invalidenfonds zu verhindern, so glaubte ich taktisch richtig zu verfahren, wenn wir denselben möglichst wenig schädlich zu gestalten suchten, was unsererseits nicht ohne Erfolg geschehen ist. Der Abg. Windthorst würde kein Bedenken tragen, mit Anträgen für Auflösung des Invalidenfonds hervorzutreten. War es damals unmöglich, die Bildung dieses Fonds zu verhindern, so halte ich es heute für rücksichtslos, dieselbe rückgängig machen zu wollen. Eine andere Frage ist die, ob der Invalidenfonds für seine gegenwärtigen Zwecke nicht zu hoch bemessen ist. Als ich im vorigen Jahre bei der ersten Berathung des Budgets hier darauf anspielte, wurde mir gerade von Hrn. Windthorst eine wenig ermunternde Abfertigung zu Theil. Es war gestern grade der Jahrestag, wo der Herr Abg. Windthorst gerade das Entgegengesetzte erklärt hat. (Heiterkeit.) Ich glaube die Wahrheit liegt hier in der Mitte. Ich sehe nicht ein, warum nicht auch die Abänderung des ersten und letzten Paragraphen in Frage gezogen wird. Wenn wir einen Termin in diesem Gesetze hinausrücken sollen, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht einen anderen Termin in diesem Gesetze verkürzen sollten. Das Jahr 1879 ist nämlich als dasjenige bezeichnet, in welchem zuerst die Bilanz aufzustellen ist über die Einnahmen und Ausgaben des Invalidenfonds. Wenn derselbe viel zu hoch bemessen ist, so braucht man darum noch nicht vorzuschlagen, einige Millionen davon unter die Einzelstaaten zu vertheilen, viel näher läge der Gedanke, auch die Invaliden der Jahren 1864 und 1866 auf den Invalidenfonds anzuweisen. Die Thatsache, daß in dem Invalidenfonds circa 40 Millionen Thaler zu viel liegen, mag für den Herrn Abg. Windthorst jedenfalls ein Moment abgeben dafür, daß es mit der Finanzlage des Reiches nicht so schlecht bestellt ist, wie er annimmt. Ich muß es mit den beiden Herren Vorrednern beklagen, daß uns seit Februar 1874 kein Bericht über den Invalidenfonds zugegangen ist. Wir wissen nicht, was im Festungsbaufonds und in den anderen Fonds, die mit dem Invalidenfonds im Tauschverkehr stehen, liegt, wir kennen nicht die darin liegenden einzelnen Sorten von Papieren. Was die Sache selbst betrifft, so erkläre ich mir die Regierungsvorlage wesentlich aus der taktischen Regel, wonach die beste Deckung der Angriff ist. Anstatt sich zu rechtfertigen über das Geschehene, greift man das System an, auf dem das Gesetz des Invalidenfonds i. J. 1873 hier aufgebaut worden ist. Wenn Dr. Bamberger gestern meinte, die Verlängerung des Termins sei schon damals als wahrscheinlich vorausgesehen worden, und sich dabei auf mich bezog, so muß ich diese Berufung entschieden ablehnen. Ich schließe mich alle dem an, was Hr. Bamberger darüber gesagt hat, daß man verhältnißmäßig wenig ausländische Papiere erworben hat, daß man von einzelnen Sorten Prioritäten-Beträge bis zu 30 Mill. Thlr. gekauft hat, daß überhaupt die Belegung in so ganz überraschend kurzer Zeit erfolgt ist. Diese Kritik des Abg. Bamberger fällt um so schwerer ins Gewicht, als ja in den Principien Niemand in dieser Frage der Regierung näher steht, als der Abg. Bamberger. Dieser Herr verwahrte sich damals, als er die Prioritäten empfahl, entschieden dagegen, daß man Prioritäten von noch unfertigen Bahnen kaufte. Es scheint hier aber das Gegentheil befolgt worden zu sein. Dann muß ich noch besonderes Gewicht darauf legen, daß diese Belegung in so kurzer Zeit geschehen ist. Bei unserer damaligen Berathung wurde von der Regierung betont, die Belegung werde sich nicht etwa in einem Jahre vollziehen lassen. Wenn sich der Reg.-Commissar auf die kurze Frist des Gesetzes beruft, so mache ich darauf aufmerksam, daß im Gesetz der Termin vom 1. Juli 1875, also zwei Jahre nach dem Invalidenfondsgesetze, als derjenige bezeichnet worden ist, von dem an Gelder des Invalidenfonds überhaupt erst ausgeschieden zu sein brauchten von den übrigen Theilen der Milliarden. Eine Anlegung im Wechseln und dergl. war auch noch über diesen Termin hinaus zulässig. Die Belegung des Invaliden-Fonds ist aber in der kurzen Zeit von acht Monaten vollständig in Effecten erfolgt. Der sächsische Bundesbevollmächtigte hat uns gesagt, daß die Prioritäten, um die es sich handelt, schon am 1. October 1873 vollständig angekauft waren. Es ist das um so auffallender, als dieser übereilte Ankauf gerade in die Zeit unmittelbar nach dem sogenannten großen Krache fällt, wo alle viel lieber verkauften als kauften. Nach der Regierungsvorlage steht von vornherein fest, daß man nicht mehr Communalpapiere hatte bekommen können, als man bekommen hat. Ich habe im Gegentheil vielfach vernommen, daß die Communen mit Darlehensgesuchen abgewiesen worden sind. Es erging sogar 1873, falls mich mein Gedächtniß nicht trügt, offiziös durch die Presse die Mahnung an die Communen, sich nicht weiter um Darlehen zu bemühen, über die Gelder des Invalidenfonds sei bereits disponirt. Nun sind die üblen Folgen eingetreten: man hat sich verspeculirt und hat die üble Nachrede. Obwohl diese weit verbreitet ist, so erwähne ich dieselbe nur darum, um meinerseits rückhaltsloser als der Abg. Windthorst zu erklären, daß ich dieselben nicht für gerechtfertigt halte. Ich bin von der Integrität der Regierung den Interessentenkreisen gegenüber bei allen diesen Geschäften vollständig überzeugt, und wenn ich auch nähere Auskunft für wünschenswerth halte, so glaube ich nicht, daß diese mein Urtheil zu ändern Anlaß geben wird. Ich erkläre das ganze Verfahren einfach daraus, daß die Regierung ihrer praktischen Kenntniß der Börsenverhältnisse mehr vertraut hat als den Grundsätzen, von welchen sich der Reichstag im Jahre 1873 bei Berathung des Gesetzes hat leiten lassen. Die Regierung kann sich allerdings für ihr Verfahren auf Gutachten aus dem Kreise der damaligen Reichstagsminorität berufen. Um gerecht zu sein, muß ich die damalige Erklärung des Abg. Bamberger hier wiederholen — es geschieht nicht, um ihm irgend einen Vorwurf zu machen — wir halten uns ja alle nicht für unfehlbar — vielleicht habe ich selbst in entgegengesetzter Richtung durch allzugroße Aengstlichkeit in Bezug auf die Communalpapiere damals gefehlt, obwohl ich die Erfahrungen in dieser Richtung noch nicht für abgeschlossen halte. Der Abg. Bamberger schloß damals seine Rede: „Aus diesen Gründen glaube er ganz entschieden, Eisenbahn-Prioritäten sowohl für temporäre wie für definitive Anlagen empfehlen und bitten zu müssen, sich nicht dieses vortrefflich geeignete Feld zu verschließen.“ Der Minister Delbrück bezog sich unmittelbar auf die Anführungen des Hrn. Bamberger und erklärte: „Ich würde meinerseits nur wiederholen können, was er gesagt hat. Ich kann insbesondere das bestätigen, daß diese Papiere leichter an der Börse zu placiren sind, wie die große Zahl der Staatsanleihen selbst.“ Drastischer können allerdings die Ansichten eines Ministers nicht desavouirt werden, wie durch die jetzt vorgelegten Motive, in denen es ausdrücklich heißt, daß diese Prioritäten schon seit längerer Zeit schwer verkäuflich sind, daß, wenn man einen großen Betrag auf die Börse brächte, bedenkliche Umwälzungen der Börsenverhältnisse und erhebliche Verluste des Invalidenfonds unvermeidlich sind. Nun wird uns vorgeschlagen, wir sollen die Prioritäten bis 1880 behalten, wir sollen dazu die Vollmacht geben, ausländische Papiere zu kaufen und sie auch nach den wechselnden Conjuncturen der nächsten Zeit zu verkaufen und durch Neukauf zu ersetzen. Das kommt mir so vor, wie wenn Jemand, der eine unglückliche Speculation gemacht hat, den entstandenen Schaden durch eine neue Speculation wieder gut machen will. Man kann ja vielleicht über die ausländischen Staatspapiere ein eben so gutes Urtheil fällen, wie 1873 über die Prioritäten gefällt worden ist. Aber die älteren soliden Papiere sind schwer in so großen Partien zu haben und die neueren Emissionen sind vielleicht weniger solid. Die Regierung will nach den Motiven nicht gerade die solidesten inländischen Papiere vom Invalidenfonds absorbiren lassen und dem Privatmarkt vorenthalten. Nun, ich bin umgekehrt der Meinung, für den Invalidenfonds kann überhaupt kein Papier solid genug sein. Ich will überhaupt nicht mit diesem Invalidenfonds Wirthschaftspolitik treiben, sondern mich an den Grundsatz halten, daß, wer speculiren will, dieses auf sein eigenes Risico zu thun hat, und daß es falsch ist, auch dem ehrlichsten Geheimrath öffentliche Gelder zur Speculation anzuvertrauen. Es ist dann angeführt worden zu Gunsten der Erwerbung ausländischer Staatspapiere in den Motiven, daß man dann leichter Reichsstaats-Obligationen in den Invalidenfonds aufnehmen könnte, indem man sie damit vertauscht. Ja, für das laufende Bedürfniß brauchen wir ja nicht erhebliche Anleihen aufzunehmen. Die paar Millionen jährlich für den Ausbau der Marine zu placiren, wird niemals große Schwierigkeiten erfordern, mag man sie direct auf den Markt bringen oder irgend ein Papier aus dem Invalidenfonds verkaufen, um dort für dieselben Platz zu machen. Oder speculirt man etwa auf den Fall eines Krieges, daß man vielleicht eine große Kriegsanleihe an den Invalidenfonds begiebt und entsprechend ausländische Papiere auf den Markt bringt. In jedem Falle macht, wie der Abg. Lasker 1873 sagte, der Invalidenfonds selbst das schlechteste Geschäft, wenn man ihn zwingt, im Kriegsfalle seinen Effectenbesitz zu veräußern. 1873 hielt ich mit dem Abg. Bamberger die ausländischen Papiere zu vorübergehender Anlage für durchaus geeignet. Wir hatten ein Interesse daran, den sich in Folge der Milliarden über Deutschland ergießenden Capitalstrom möglichst zu vertheilen, was durch vorübergehende Anlage in ausländischen Papieren geschehen konnte. Heute liegt die Sachlage gänzlich umgekehrt. Es handelt sich nicht mehr um die Einfuhr ausländischen Capitals, sondern die Capitalien sind bereits im Inlande angelegt; es handelt sich darum, ob sie wieder ausgeführt werden sollen. Dazu haben wir keine Veranlassung. Wenn wir heute Prioritäten durch ausländische Papiere ersetzen, so müssen wir das Geld für diese Papiere dem inländischen Markte entziehen. Ich muß hier einen noch nicht erwähnten Punkt betonen; das sind die großen Staats-Anleihen, die in nächster Zeit in Deutschland aufgenommen werden müssen. Die deutschen Staaten und insbesondere Preußen haben bisher ihre Staatseisenbahnen vornehmlich aus den Kriegscontributionsgeldern erbaut. Diese Quelle ist nahezu erschöpft. Der preußische Finanzminister beispielsweise erklärte im Januar d. J., daß nur noch ein geringer Bestand dieser Capitalien vorhanden sei; er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß er noch für 493½ Mill. ℳ Eisenbahnanleihen aufzunehmen die Vollmacht habe. Mit der Aufnahme dieser Anleihen wird in nächster Zeit begonnen werden. Ich habe es für bedenklich gehalten, in so großem Umfange Staatseisenbahnen zu übernehmen in Rücksicht auf die wirthschaftliche Lage. Nachdem es aber einmal geschehen ist, ist es meine Pflicht, die Folgen möglichst unschädlich zu machen. Ich fürchte, daß durch die Aufnahme der Anleihen für den Hypothekarcredit eine sehr bedenkliche Concurrenz entstehen wird. Was wird nun entstehen, wenn wir außer den großen Staatsanleihen auch noch unsere Prioritäten um der Erwerbung ausländischer Papiere willen auf den Markt bringen? Es ist auch Gefahr, daß bei Erwerbung der ausländischen Papiere die Verwaltung des Invalidenfonds in Beziehung tritt zur auswärtigen Politik. Auf diese Gefahr ist auch 1873 der Abg. Lasker aufmerksam geworden. Sollen ausländische Papiere zugelassen werden, so kann dem Reichskanzler nicht mehr die Verantwortlichkeit für die Fonds länger belassen werden. Wir räumten damals dem Reichskanzler so große Befugnisse ein. Dies geschah, weil wir materiell nur einen geringen Spielraum in dem Gesetze ließen für die Anlage. Wenn wir jetzt diesen Spielraum erweitern, müssen wir diese Befugnisse des Reichskanzlers erheblich einschränken. Ich bin ebenso dagegen, daß Schatzanweisungen gekauft werden. Es mag dies bequem sein für die Finanzverwaltung, wir wollen aber vor allem, daß in dem Invalidenfonds eine gewisse Ruhe eintritt. Ich resumire mich also dahin, es ist schlimm, daß wir alle diese Eisenbahnprioritäten besitzen; aber es wäre noch schlimmer, sie zu verkaufen. Das Schlimmste wäre eine neue Speculation nach anderer Richtung zu beginnen. Wir müssen deshalb die Eisenbahn-Prioritäten, die wir einmal haben, nicht blos bis 1880, sondern überhaupt behalten (Zustimmung von links und aus der Mitte), damit das Speculiren ganz und gar aufhört. Ich bin der Ansicht, daß wir den § 1 der Vorlage am besten ablehnen, dagegen aus § 2 die Ziffer des Jahres 1880 herausstreichen. Wenn wir die Prioritäten bis 1880 ohne Verlust verkaufen können, dann sehe ich keinen Grund ein, warum wir sie nicht behalten wollen. Wenn wir sie aber auch bis 1880 nur mit Verlust verkaufen können, dann würde ich nicht einsehen, warum wir sie nicht heute schon mit Verlust verkaufen. Eine besondere Commission für die Vorlage ist, wie mir scheint, überflüssig. Es würde genügen, die Budgetcommission mit der Vorprüfung dieses Gesetzes zu betrauen. Mit oder ohne Commission wird es nicht schwer sein, eine sehr große Majorität dieses Hauses zu bestimmten Vorschlägen der Regierung gegenüber zu vereinigen, wenn man mit dem Abg. Windthorst daran festhält, diesen Invalidenfonds „dem fluctuirenden Gedankengang der Finanzcapacitäten zu entrücken,“ und wenn man andererseits mit dem Abg. Bamberger diese Frage als eine constitutionelle behandelt. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Der Abg. Windthorst hat sich gestern lediglich zum Organ einer übelwollenden Presse gemacht, deren Sprache er hier wiederholt hat, vielleicht unabsichtlich. Ich bin über die Verhältnisse einigermaßen unterrichtet; ich habe auch hier den Bericht vom 1. October vor mir, der die Uebersicht über den Zu- und Abgang der Papiere im Reichsinvalidenfonds enthält und erkläre Ihnen, daß nach meiner Berechnung der Reichsinvalidenfonds absolut intact in diesem Augenblick dasteht; er besitzt kein Effect, welches andern Coursverlusten unterworfen wäre, wie die besten Papiere, die wir in Deutschland haben. (Hört! hört!) Er besitzt neben diesen Papieren Effecten, die seit der Anlage im Jahre 1873 erheblich im Cours gestiegen sind, so daß, wenn Sie heute das Facit ziehen, der Reichsinvalidenfonds in seinem Capitalbestand mit äußerst geringen Ausnahmen ungeschmälert ist. Es befindet sich in demselben kein einziges Effect, dessen Verzinsung mit 4½ Procent nach aller Berechnung nicht für alle Zeiten gesichert wäre, und liegt daher auch kein Grund vor, augenblicklich auch nur eines dieser Effecten zu veräußern. Außerdem befinden sich im Reichsinvaliden- und Festungsbaufonds mit den inländischen Effecten noch so viel ausländische, daß auf die nächsten zwei Jahre das Bedürfniß an baaren Mitteln vollkommen gedeckt ist. Es liegt also eine Nothwendigkeit des Verkaufs nicht vor, augenblickliche Verlegenheiten sind nicht da und ich denke, auf zwei Jahre hinaus kann man den Lauf der Dinge wohl absehen. Und nun noch Eines: gehen Sie in ganz Deutschland herum und fragen Sie, ob nicht 99 Proc. der Besitzenden heute sagen: „wären wir doch so klug gewesen wie der Reichs-Invalidenfonds und hätten unsern Besitz so intact wie dieser!“ Der vorliegende Entwurf ist zu einer Wichtigkeit aufgebauscht worden, die er nicht hat, es handelt sich nicht um Indemnität für die Regierung, nicht um eine Rechnungslegung, sondern um eine rein formale Angelegenheit, die Ausschließung des Termins von 1876. Man hat hierbei die Verwaltung einer scharfen Kritik unterzogen. Ich bestreite den Werth der Discussion nicht, und gewiß wird die Regierung alle Veranlassung haben, die Rathschläge des Abg. Bamberger ernst zu erwägen; aber davor möchte ich doch warnen, daß man diese Bemerkungen als unbedingte Wahrheiten für die Zukunft nimmt. Die Krisen, denen wir vielleicht entgegen gehen, treten immer unter sehr verschiedenen Formen ein und erfordern dann eine verschiedene Behandlung. Ich will eine Commission nur als eine sachliche, nicht wie der Abg. Windthorst zu wollen schien, als eine Untersuchungscommission gegen die Reichsinvalidenverwaltung.

Abg. v. Minnigerode: Da man sich in Schwierigkeiten zu befinden scheint, wie man die großen Mittel sicher festlegen soll, so kann ich nicht unterlassen, mein Bedauern auszusprechen, daß man bei der Feststellung des Gesetzes Landschaftspapiere prinzipiell ausgeschlossen hat. Der Erwerb von 171 Mill. Mk. Prioritätsobligationen deutscher Eisenbahngesellschaften gegenüber dem Erwerb von nur 156 Mill. Mk. von Communal-Schuldverschreibungen muß als ein Mißverhältniß erscheinen. Der Abg. Richter hat zu erwägen gegeben, ob man nicht eine Abänderung des Fonds vornehmen solle, ob man nicht mit einem geringeren Capital dasselbe erreichen könne. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Jahre bedeutende Capitalien nothwendig sein werden, um den Bedürfnissen des Invalidenfonds zu genügen.

Geh. Rath Michaelis: Der Abg. Richter hat heute vorzugsweise den Plan der Belegung angegriffen, sie sei zu rasch erfolgt und derselbe Herr, der früher so viele Einwendungen gegen die auswärtigen und communalen Anleihen zu machen hatte, fragt heute, weshalb nicht mehr Mittel gerade auf diese Klasse von Effecten verwendet worden sind. Zunächst kann ich constatiren, daß hinsichtlich der Belegung der Gelder des Invalidenfonds völlig im Sinne des Invalidenfondsgesetzes verfahren ist. Es sind inländische Staatsanleihen übernommen worden, Communalobligationen, von letzteren allerdings nicht so viel als sich boten auf unbegrenzte Zeit hin; denn das mußte auch für den Invalidenfonds als Regel gelten, daß seine Mittel nicht in zu ausgedehntem Maße in Papieren angelegt wurden, von denen man schon damals wußte, daß sie nur schwer zu veräußern seien. In Betreff der auswärtigen Anleihen haben nach zwei Richtungen hin Bemühungen stattgefunden, Gelder für den Invalidenfonds zu erwerben. Einmal sind regelmäßige Aufträge für den Ankauf bestimmter auswärtiger Anleihepapiere gegeben worden; dann hat man sich auch bestrebt, wenn neue Anleihen vertrauenswürdiger Staaten auf den Markt kamen, diese für den Invalidenfonds und für die anderen Fonds zu erwerben. Was sich auf diesem Wege an soliden Papieren zu Gebote stellte, ist damals erworben. Der Betrag von Schuldverschreibungen auswärtiger Staaten, welcher ultimo Februar im Besitz des Fonds war, belief sich auf 123 Mill. ℳ Alle diese Bemühungen konnten nicht eine den Wünschen der Verwaltung entsprechend rasche Belegung des Invalidenfonds fördern, welche ebenfalls im Sinne des Gesetzes lag, indem durch die Bestimmung des Endtermins der Verwaltung die Verantwortung für die rechtzeitige Belegung auferlegt war. Es freut mich, daß der Abg. Richter heute ebensowohl mit dem gewichtigen Urtheil Bamberger's als dem der Reichsschuldencommission über die Erwerbung von Prioritäten übereinstimmt, einer Commission, die gewiß keine Veranlassung hatte, eine Mitverantwortlichkeit für die Verfügungen der Reichsfinanzen zu übernehmen, wenn sie nicht in der Lage war, ihre wirkliche Ueberzeugung auszusprechen. Vorgänge auf dem Capitalsmarkt, wie sie seitdem eintraten, haben niemals vorausgesehen werden können, und es ist durchaus ungerechtfertigt, auf der Grundlage des Courszettels von heute Capitalanlagen von vor zwei Jahren kritisiren zu wollen. Bei der Beschaffenheit der Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen hat allerdings dem Rathe keine Folge gegeben werden können, lediglich das in festen Händen befindliche Material vom Markte zu bringen. Da hätten Coursprämien gezahlt werden müssen, die vom Standpunkte des jetzigen Courszettels aus viel größer gewesen wären. Es sind Anleihen übernommen von Eisenbahnen, welche als wohlfundirt galten, und Anleihen zu Coursen, welche den damaligen Coursen der von gleicher Kategorie im Verkehr befindlichen Obligationen entsprachen. Ich gehe nun aber zu den Veränderungen, welche mit den in der Verwaltung der Behörden befindlichen Fonds seit dem März 1874, vom Tage des Berichts Ihrer Commission, bis heute stattgefunden haben. Damals lagen in den Fonds Schuldverschreibungen deutscher Bundesstaaten im Betrage von 102 900 000 ℳ, heute im Betrage von 195 207 000 ℳ Papiere dieser Art sind also um mehr als 90 000 000 ℳ gesteigert worden. Damals lagen an Eisenbahn-Prioritäten Obligationen mit Staatsgarantieen im Betrage von 65 464 000 ℳ in den drei Fonds, heute 65 385 000 ℳ Nun kommen die Schuldverschreibungen der communalen Corporationen. Der Bestand betrug damals 106 350 000 ℳ, er beträgt heute nach Abzug der stattgefundenen Amortisation 156 612 000 ℳ, ist also ziemlich genau 50 Mill. größer. Es hat sich also vermehrt: der Bestand der Schuldverschreibungen deutscher Bundesstaaten um 93 Mill., der Betrag der Schuldverschreibungen von Communal-Corporationen um 50 Mill., das sind im Ganzen 143 000 000 ℳ Vermindert haben sich dagegen die Schuldverschreibungen nichtdeutscher Staaten von 123 228 000 auf 38 595 000 ℳ Diese Verminderung hat ihren Grund theils darin, daß Mittel geschafft werden sollten, um definitiv zulässige Papiere ankaufen zu können, welche ich vorhin als vermehrt bezeichnet habe, und theils darin, daß solche Mittel ganz von selbst dadurch flüssig werden, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Kündigung von ganzen Serien von Anleihen vorbereitet haben, wodurch auch der Reichsinvalidenfonds berührt wird. Ich komme nun zu den Eisenbahnprioritäts-Obligationen ohne Staatsgarantie. Von diesen besaßen die drei genannten Fonds Ultimo Februar 1874: 309,159,000 M., sie besitzen heute 299,737,000 M. Der Bestand hat sich also um circa 10 Millionen vermindert. Es werden Ihnen jetzt zwei Vorschläge unterbreitet, der eine dahin gehend: den Termin für die Veräußerung der Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen bis 1880 zu verschieben. Der Abg. Richter hat vorgeschlagen, diesen Termin ganz aufzuheben und die Eisenbahn-Obligationen im Besitz der drei Fonds zu belassen. Wenn Sie, die Terminstellung ganz aufheben, so haben Sie vollkommene Sicherheit im Invalidenfonds Papiere liegen zu haben, welche ihre Zinsen und Amortisationsquoten regelmäßig einbringen, also Papiere, welche für die Bedürfnisse des Reichsinvalidenfonds vollständig sorgen. Ich will den späteren Berathungen überlassen, in wie weit die eine oder die andere Richtung dieser Vorschläge Befürwortung oder

Gegner findet. Dagegen haben sich die Angriffe von jener wie von dieser Seite gegen die Erwerbung ausländischer Staatspapiere gerichtet. Der Entwurf wünscht nun ausländische Staatspapiere hauptsächlich vom Standpunkt der Versicherung des Courswerthes bei Realisationen diesen Fonds einzuverleiben. Das Privatpublikum nimmt, wie Sie wissen, diese Versicherung dadurch ganz von selbst vor, daß es sich in- und ausländische Staatspapiere kauft, so daß es in Zeiten, wo inländische Papiere schwer verwerthbar sind, wie z. B. in der Gegenwart, die Sicherheit hat, durch Verwerthung ausländischer Papiere die Mittel flüssig zu machen, welcher es bedarf. Diese einfache Vorsicht des Publikums auf den Invalidenfonds anzuwenden, ist weder eine unerhörte Sache, noch ist eine so gefahrbringende, wie es dem Abg. Richter heute erschien. Dann ist aber besonders betont worden: es fließen dadurch Capitalien ab. Ja, das Capital fließt zwischen Land und Land immer hin und her. Wenn für den Invalidenfonds ausländische Papiere nicht erwerben werden, so können Sie sicher darauf rechnen, daß, so weit die Disposition des Marktes dafür da ist, daß ausländische Papiere nach Deutschland fließen; wenn Sie den Invalidenfonds verhindern, dergleichen anzuschaffen, werden sie vom Privatpublicum angeschafft. Die Gefahr, die der Invalidenfonds in Beziehung zu der auswärtigen Politik erregt, ist für den Invalidenfonds immer dagewesen, und ist auch nach dem bestehenden Gesetze für den Festungsbaufonds und den Reichstagsgebäudefonds so lange vorhanden, als diese Fonds bestehen werden. Endlich hat der Abg. Richter noch seine besondere Abneigung gegen die Schatzanweisungen hervorgehoben. Gerade für Fonds, welche einer allmäligen Flüssigmachung entgegensehen, sind Schatzanweisungen überaus geeignete Papiere. Daß ausländische Schatzanweisungen überhaupt sehr wünschenswerth sind, liegt darin, daß es an sich sehr gut ist, Wechsel zu haben, welche auf das Ausland lauten, um eben bei dem Uebergange zur Goldwährung die Zahlungsmittel zur Anschaffung des Goldes vom Auslande in den Händen des Reichskanzleramtes zu haben. Solche Schatzanweisungen sind genau dasselbe wie Wechsel; ich nenne beispielsweise belgische vierprocentige Schatzanweisungen, welche mit Zinscoupons versehen und nach zwei Jahren fällig sind. Ich kenne kein besseres Papier für den Invalidenfonds und darum bitte ich Sie, das Gesetz zu interpretiren, daß solche Schatzanweisungen nicht ausgeschlossen sind.

Abg. v. Kardorff beklagt es, daß man nicht seinem Rathe gefolgt und auch die landschaftlichen Obligationen und Communalpapiere berücksichtigt habe. Der Behauptung des Abg. Richter, daß der Reichskanzler ganz allein die Verantwortung für den Invalidenfonds zu tragen habe, widerspricht § 5 des Gesetzes: „Der Reichskanzler bezeichnet im Einvernehmen mit dem Bundesrathe diejenigen Kräfte, welche die Verwaltung zu führen haben." — Der Gesetzentwurf wird hierauf der Budgetcommission zur Vorberathung überwiesen.

Es folgt 1. Berathung des vom Abg. Stenglein beantragten Gesetzes, betr. die Umwandelung der Actien in Reichswährung. Es handelt sich darum, die Bestimmung des Art. 207 a. des Handels-Ges.-B., welche die Verwendung des Nominalbetrages der Actien verbietet, bis Ende 1877 außer Geltung für diejenigen Actien zu setzen, welche aus ehemaliger süddeutscher Währung ausgestellt sind und nicht in eine durch 50 theilbare Summe der Reichswährung umgerechnet werden können. — Abg. Goldschmidt hält es für unrichtig, ein augenblicklich hervortretendes Bedürfniß durch ein Gelegenheitsgesetz zu befriedigen, und dies scheint ihm um so bedenklicher, wo es sich um die so schwierige und verwickelte Materie unseres Actienwesens handelt, das durch die jüngste Reichsgesetzgebung wahrhaftig nicht an Durchsichtigkeit und Klarheit gewonnen hat (Zustimmung), wenigstens stoßen die Mitglieder des Reichs-Oberhandelsgerichts grade bei den Bestimmungen des Gesetzes von 1870 auf die größten Controversen. Besser wäre es jedenfalls, den Zweck des Antrages durch eine Declaration des Art. 207a. zu erreichen. — Abg. Sonnemann sieht in dem Gesetze keine sonderlichen Erfolge voraus, da es nach demselben doch nicht möglich sein werde, die betreffenden Actien in bequem abgerundete Summen der Reichswährung umzuändern. — Präsident v. Amsberg erklärt sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden; die Regierungen würden auch geneigt sein, wenn er angenommen würde, demselben beizutreten. — Abg. Wolffson empfiehlt gleichfalls den Antrag. — Auf Antrag Sonnemann's wird die zweite Berathung ausgesetzt.

Es folgt die Berathung des Antrags Duncker und Dr. Hänel, unter die Zahl derjenigen Geschäfte, für welche nach § 24 der Geschäftsordnung besondere Commissionen nach Maßgabe des sich herausstellenden Bedürfnisses gewählt werden können, die elsaß-lothringischen Landesangelegenheiten aufzunehmen. — Abg. Duncker: Die häufige Wiederkehr und die Specialität von Elsaß-Lothringen betreffenden Fragen rechtfertige die Niedersetzung einer besonderen Commission, welche besonders auch den elsaß-lothringischen Mitgliedern des Reichstages Gelegenheit geben würde, in sachgemäßer Weise die Kenntniß der Verhältnisse und der Bedürfnisse ihres Landes zu verwerthen. — Abg. Winterer (Elsaß) führt in längerer Rede aus, Elsaß-Lothringen stehe in politischer Beziehung rechtlos da, seine politische Lage sei ein Unding, für das in der politischen und staatsrechtlichen Sprache kein Name existire. Man könne es eine Reichsdomäne nennen, deren Landeskasse immer mehr ausgebe, als sie einnehme. Redner spricht der beantragten Commission die Möglichkeit ab, sich über die elsaß-lothringischen Verhältnisse zu orientiren und erklärt, die elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten würden sich bestreben, der Commission nützlich zu sein, an ihr selbst könnten sie jedoch keinen Antheil nehmen, damit es nicht den Anschein habe, man hätte Elsaß-Lothringen Freiheiten gegeben, die man in Wirklichkeit ihm nicht gäbe. — Abg. v. Schöning: Specielle elsaß-lothringische Angelegenheiten könnten nach Bedürfniß an besondere Commissionen überwiesen werden. — Ihm schließt sich der Abg. Windthorst an, besonders mit Rücksicht darauf, daß, wenn alle elsaß-lothringischen Landesangelegenheiten vor eine solche Commission gebracht würden, es kaum möglich sein würde, eine den verschiedenen Aufgaben genügende Commission zusammenzusetzen. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und einiger Mitglieder der nationalliberalen und freiconservativen Partei abgelehnt.

Der Entwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 10. Juni 1872 betreffend die Entschädigung der Inhaber verkäuflicher Stellen im Justizdienste in Elsaß-Lothringen — wird in 1. und 2. Berathung angenommen. — Nächste Sitzung: Donnerstag.

Danzig, den 11. November.

Die gestern beendete erste Berathung des auf den Invalidenfonds bezüglichen Gesetzentwurfes hat nicht der Erwartung derer entsprochen, welche sich, gestützt auf die Denunciation der von dem bekannten Famulus inspirirten Scandalpresse, auf nach irgend einer Seite gravirende Enthüllungen gefreut hatten. Besonders der sachkundige erste Redner, bekanntlich kein Freund jenes Fonds, entsprach den auf ihn gesetzten Erwartungen durchaus nicht. Er nahm vielmehr Gelegenheit, seine persönliche Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß die Verwaltung des Fonds ohne Parteilichkeit verfahren und durchaus integer sei; die ganze Schuld der Leiter bestehe darin, ihrer praktischen Kenntniß der Börsenverhältnisse mehr vertraut zu haben, als den von Seiten des Reichstag ihr gegebenen Rathschlägen, kurz sich verspeculirt zu haben. Der Abg. Windthorst, der seine Informationen aus jener Sensationspresse bezogen zu haben scheint, kam bei den weiteren Ausführungen des Redners nicht gut weg. Aus der weiteren Debatte muß als das wichtigste Moment hervorgehoben werden, daß der Abg. v. Benda in seiner Kenntniß der Verhältnisse, welche ihm als Mitglied der Reichsschulden-Commission beiwohnt, constatirte, der Invalidenfonds sei in seinem Capital-Bestand vollkommen intact und besitze kein einziges Effect, dessen volle Verzinsung nicht für alle Zeiten gesichert ist.

Unsere gestrige Notiz in Betreff des Ausgabeetats für den Invalidenfonds bedarf einer Correctur. Es ist allerdings richtig, daß zwischen den für das Jahr 1876 veranschlagten Ausgaben im Betrage von 28 870 000 Mk. und den thatsächlichen Ausgaben, welche nach der Rechnungsübersicht pro 1874 im Betrage von 24 Mill. Mk. geleistet wurden, eine Differenz von nahezu 5 Mill. Mk. besteht, und es ist ferner wahrscheinlich, daß die Istausgabe auch 1876 nicht wesentlich über die des Jahres 1874 hinausgehen wird. Allein die Ersparniß von nahezu 5 Mill. Mk., die alsdann entsteht, würde nicht ohne Weiteres den Gesammtausgabeetat pro 1876 um die angegebene Summe vermindern; denn den veranschlagten Ausgaben im Betrage von 28 800 000 Mk. stehen gegenüber an Einnahmen 25 755 000 Mk. als Zinsen des Invalidenfonds und 3 117 000 Mk. als Capitalzuschuß aus dem Invalidenfonds. Werden die Ausgaben geringer, so fällt zunächst dieser Capitalzuschuß weg; der Fonds bleibt unverringert, kann aber nach dem bestehenden Gesetz keineswegs zur Deckung der jährlichen Ausgaben des Gesammtbudgets mit verwandt werden. Zu letzterem Zwecke würde also nur der Betrag übrig bleiben, um welchen die Ersparniß an den veranschlagten Ausgaben des Invalidenfonds den Capitalzuschuß übertrifft, d. h. nur etwa 1 755 000 Mk. Von dieser immerhin beträchtlichen Summe darf man erwarten, daß sie zur Verminderung des Deficits dienen kann, welches der Bundesrath seinerseits durch neue Steuern decken will.

Wenn Graf Arnim in seiner Broschüre — er nennt sich freilich in derselben nicht als Verfasser — erzählt, daß der Minister des Innern sich über die Maßregeln des Fürsten Bismarck im Sommer 1872 in Ems zu Arnim gleichfalls abfällig ausgesprochen habe, so scheint der Minister wenigstens jetzt anderer Meinung zu sein; denn ein von Graf Eulenburg selbst unterzeichnetes Telegramm setzte gestern die Polizei in der ganzen Monarchie in Bewegung und veranlaßte dieselbe, in allen Buchhandlungen nach dem Opus des schreiblustigen Grafen zu recherchiren. Wenn der Verfasser in der Vorrede von der schmerzlichen Nothwendigkeit spricht, im Widerspruch mit den guten Traditionen der Diplomatie einige Arnim'sche Berichte zu publiciren, d. h. wenn er gerade diejenige That begeht, welche Graf Arnim während der Verhandlungen vor dem Berliner Stadtgericht mit Entrüstung von sich wies, so wird kaum ein Leser des Buches aus dem Inhalt desselben jene Nothwendigkeit begriffen und das Schmähliche eines solchen Verraths anvertrauter Geheimnisse irgendwie gemildert gefunden haben. Schmählicher aber noch, als diese Handlung selbst, ist die Insinuation, die in folgenden Worten der Vorrede liegt: „Wir publiciren in Folgendem kein einziges Schriftstück, welches nicht zur Kenntniß der Staatsanwälte, der erkennenden Gerichtshöfe und der Vertheidiger sammt dem in der Sache beschäftigten Subalternpersonal gekommen wäre." Ist man aber einmal so scrupellos geworden, um dem Urtheil der anständigen Leute aller Parteien ein Schnippchen zu schlagen, so sollte man auch den Muth haben, die Verantwortung selbst zu übernehmen und nicht das Subalternpersonal unserer Gerichte in Verdacht bringen, dieses neue Vergehen gegen das deutsche Strafgesetzbuch begangen zu haben.

Das jetzt mit Beschlag belegte erste Heft der Schrift verfolgt die Absicht, drei verschiedene Vorwürfe, nämlich 1) daß Arnim zum Sturze Thiers' mitgewirkt, 2) daß er den Abschluß der Convention mit Frankreich verzögert, 3) daß er gegenüber den Hirtenbriefen der französischen Bischöfe kein correctes Verhalten beobachtet habe, als unwahr darzuthun. Hätte der Verfasser sich darauf beschränkt, diese Vorwürfe durch detaillirtes Eingehen auf die Thatsachen zurückzuweisen, so würde die Schrift, abgesehen von der Publication amtlicher Actenstücke, ein gerechtfertigter Versuch der Selbstvertheidigung sein. Allein die Zurückweisung jener angeblich falschen Beschuldigungen ist durchwebt mit einem Klatsch, einer Verdächtigung von Nebenpersonen durch Mittheilung uncontrolirbarer Aeußerungen, einer rücksichtslosen Hereinziehung von, wie behauptet wird, in den höchsten Kreisen gethanen Aussprüchen, die nur den übelsten Eindruck hervorbringen kann. Graf Arnim hat nicht nachgewiesen, warum denn, wenn er nicht am Sturze Thiers' arbeitete, die Gegner des Präsidenten und ihre Presse ihn zu den Ihrigen zählten. Dagegen benutzt er z. B. die Thatsache, daß der Reichskanzler selbst die Räumungs-Convention in die Hand nahm und sie über Arnim's Kopf hinweg am 15. März 1873 in Berlin abschloß, zu folgender kläglichen Verdächtigung: „Warum grade am 15.? Nach verschiedenen Mittheilungen soll Hr. v. Bleichröder in dieser Frage nicht einflußlos gewesen sein. Das Resultat war für den Fürsten Bismarck außerordentlich und in jeder Beziehung günstig." An einer andern Stelle wird dem Reichskanzler die Aeußerung insinuirt, „er könne dem Grafen Arnim den Sturz des Herrn Thiers nie verzeihen, weil Letzterer Frankreich unfehlbar dem Herrn Gambetta und der Anarchie in die Arme geführt haben würde," und daraus der Schluß gezogen, Graf Arnim habe eine Politik befördern sollen, „welche auf die Revolutionirung eines Landes hinarbeitete, in welchem er die Ehre hatte, den loyalsten aller Monarchen zu vertreten." Diese unqualificirbare Art, sich an dem Gegner zu rächen, wird am widerwärtigsten da, wo dem Publikum Aeußerungen des Kaisers über seinen Kanzler oder Privatgespräche, in welche außerhalb der Discussion stehende Personen hereingezogen sind, aufgetischt werden. Am Schluß geht die Schrift fast vollständig in den Ton jener Anklage über, welche die Ultramontanen seit Jahren gegen den Leiter der deutschen Politik erheben, der Anklage insbesondere, daß die chronische Beunruhigung Europas von dem Fürsten Bismarck ausgehe, daß er es sei, der uns beständig mit Krieg bedrohe, weil er sich mit seiner Herrschaft in Deutschland nicht begnüge, sondern auch andern Staaten ihre Politik vorschreiben wolle. Diese Anklagen sind so wenig neu, daß es wahrlich nicht nöthig gewesen wäre, ihretwegen ein Buch zu schreiben. Auch hier aber muß dem Verfasser vorgeworfen werden, daß sein leidenschaftlicher Haß ihn vollkommen gleichgültig gegen die Interessen seines Staates macht, und mit Bezug auf das ganze Buch sagt die N. L. C. mit Recht, daß auf dieses literarische Treiben genau jenes Verdammungsurtheil paßt, welches der Abg. Lasker in einer stürmischen Debatte des Reichstags über die „Verbrecher am Vaterlande" aussprach.

Wir haben noch keine Stimme gefunden, welche über den mit der fixen Idee des Verfolgungswahns und Verkanntseins behafteten Exdiplomaten infolge der neuen Publication nunmehr eine bessere Meinung bekommen hätte als vorher. Auch die ausgesprochensten Gegner des Reichskanzlers nicht. Die „Germ." sagt heute:

„Dabei gewinnt auch Graf Arnim nicht viel, denn der Totaleindruck, den die Schrift dem aufmerksamen Leser zurückläßt, ist nicht der, daß Graf Arnim besser erscheinen wolle, als Fürst Bismarck, er will sich nur als noch geriebener bestens empfohlen halten".

Und die „Kreuz-Ztg." sagt:

„Wenn der Graf Harry v. Arnim Anlaß hat, sich über das Verhalten des Fürsten Bismarck ihm gegenüber zu beklagen, so macht die Flugschrift den Eindruck, als beherrsche das Gefühl des Gekränkt- und Verkanntseins nunmehr die Schritte des Grafen Arnim. Es ist aber nicht vortheilhaft, wenn man sich so zu sagen nur noch von einem Gedanken beherrschen läßt. Es giebt Dinge, die man auch in der Erregung nicht aus den Augen setzen darf. Ob die Flugschrift mehr dem Fürsten Bismarck oder dem Grafen Harry v. Arnim schaden wird, bleibt abzuwarten. Daß sie der Sache des Grafen keinen Nutzen bringen wird, dürfte schon jetzt als feststehend gelten."

Die „Post" macht aufmerksam, daß Graf Arnim als Beamter z. D. noch immer unter der Disciplinargewalt des auswärtigen Amtes stehe. Gespannt sind wir darauf, was die „N. A. Z." in ihrer morgenden Nummer bringen wird. Sie verspricht, morgen auf die Schrift zurückzukommen, wird also wahrscheinlich eine Entgegnung bringen.

Die „Prov.-Corresp." bestätigt, daß die außerordentliche Generalsynode nach Ernennung der dreißig landesherrlich zu berufenden Mitglieder noch im laufenden Monat einberufen werden wird. Ueber die Wahlen zu den in den ersten Tagen des Januar einzuberufenden Provinzial-Landtagen sagt das halbamtliche Blatt: „Aus den Provinzen Pommern und Sachsen liegen die Ergebnisse vollständig vor, aus Preußen fehlen die Nachrichten nur noch von einem Kreise, aus Schlesien von zwei, aus Brandenburg von fünf Kreisen. Schon jetzt ist zu erkennen, daß die mehrfach gehegte Besorgniß wegen einer zu geringen Berücksichtigung der Städte sich nirgends bestätigt hat. In allen Provinzen ist der sich nach der Bevölkerung ergebende Procentsatz für die Städte nicht nur erreicht, sondern mehr oder weniger überstiegen. Gerade in der Provinz Schlesien, aus welcher jene Besorgniß besonders lebhaft kundgegeben war, hat das städtische Element bei den Wahlen die größte Berücksichtigung gefunden."

Ueber die Nachricht der Börsenblätter, daß die Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich schon eine beschlossene Sache sei, sagt die „Post": „Zu befürchten ist, daß hier und da leicht übersehen wird, daß man es zunächst noch mit kaum mehr als einer Idee zu thun hat. Von einem Project zu reden, ist jedenfalls noch sehr verfrüht, und sehr bedenklich erscheint es demnach, und dies wollen wir hier besonders bemerken, der Frage eine Ausdehnung über die Grenzen der berathenden und erwägenden Besprechungen hinaus, vielleicht bis zur Basis von Speculationen zu geben."

In der auswärtigen Politik nimmt der after dinner speech des Herrn Disraeli (siehe England) das erste Interesse in Anspruch. Der englische Premier hält den slavischen Sympathien Rußlands die Interessen Englands im Oriente entgegen, und in der Politik kann man sonst wohl von seinen Sympathien absehen, nicht aber von Interessen. Zum Schlusse kommt Disraeli gar auf die Möglichkeit, daß England die Pflicht auferlegt werde, seine Stärke und Macht zu zeigen. Der Premier liebt es also, England's rauhe Seite wieder einmal mehr nach außen zu kehren; aber selbst in England legt man bei den Nachtischreden der Politiker nicht jedes Wort auf die Wagschale, am wenigsten darf man dies bei denen Disraeli's. Wenn die drei Kaiserreiche zusammenstehen, so wird Alt-England bei der türkischen Frage nicht über das Reden hinausgehen; eine Sprache wie die Disraeli's kann vielleicht bei den Verhandlungen zwischen den drei Kaiserhöfen ganz günstig wirken, um die Ansprüche Rußlands, wenn sie über die Wünsche seiner Alliirten hinausgehen, etwas zu mäßigen.

Die französische Nationalversammlung ist gestern bis zu dem Hauptpunkte des Wahlgesetzes gelangt, noch weiß Niemand, ob das Arrondissements-Scrutinium, wie es die Regierung will, zum Siege gelangen wird, d. h. Einzelwahlen, also Eintheilung des Landes in so viele Wahlbezirke, als Abgeordnete gewählt werden sollen, oder nach dem Vorschlage der Liberalen das Listenscrutinium. Nach dem Letzteren wirkt jeder Wähler bei der Wahl sämmtlicher Deputirten mit, welche auf das Departement fallen. Hier hoffen die Republikaner zu siegen, indem sie populäre Größen ihrer Partei, wie Thiers, Gambetta, an die Spitze ihrer Listen stellen; dort die Conservativen, weil die Localgrößen dann mehr zur Geltung gelangen können. Die Entscheidung liegt bei den Bonapartisten und der äußersten Rechten.

Aus Paris wird gemeldet, daß der spanische Botschafter, Marquis de Molins, am Montag bei der Königin Isabella von Spanien erschienen ist, um ihr die officielle Mittheilung zu machen, daß die spanische Regierung das Versprechen, im nächsten Januar ihr die Rückkehr nach Madrid zu gestatten, zurückgenommen habe, so daß das Gesetz von 1868, das sie aus Spanien verbannt, in Kraft bleibe. Die Gründe für diese Maßregel, welche der Sohn gegen die Mutter ergreift, sind allerdings, wie sie dargestellt werden, triftig genug. Schon früher hatte die Königin — ob in vollem Ernste, bleibe dahingestellt, vielleicht sollte es nur ein Schreckschuß gegen die Regierung sein, welche ihr das Vaterland noch verschlossen hielt — mit der Veröffentlichung eines Manifestes gedroht, worin sie ihre Abdankung zurücknehmen und sich mit Don Carlos verbinden werde. Jetzt, nachdem ihr General-Intendant Marfori, welcher vermuthlich Ränke gegen die Regierung gesponnen hatte, in Madrid verhaftet und in die Verbannung geschickt worden ist, scheint ihr Zorn von Neuem aufgeflackert zu sein, und sie hat die Drohung wiederholt. Darauf ist nun der neueste Schritt der Madrider Regierung erfolgt. Was die Königin jetzt thun wird, ist noch unbekannt. Die berüchtigte blutende Nonne Sor Patrocinio, die in früheren Zeiten am Hofe der Königin Isabella einen so großen Einfluß ausübte, ist seit einiger Zeit in Paris. Wie es scheint, bestand ihre Aufgabe darin, die Königin mit ihrem Gemahl auszusöhnen. Don Francisco, der die spanische Lateau nicht leiden mag, soll jedoch auf die gemachte Anerbietung nicht eingegangen sein. Sor Patrocinio handelte im Sinne der spanischen Clericalen, die alle ihre Hoffnungen auf die Rückkehr der Königin nach Madrid gesetzt hatten.

Deutschland.

△ Berlin, 10. Nov. Mit dem 1. Januar 1876 tritt bekanntlich das Civilehegesetz für ganz Deutschland in Kraft. Es ist nun bekannt geworden, daß in verschiedenen Bundesstaaten sich Geistliche zur Feststellung von Trauformularen vereinigt haben, deren Anwendung in einer Weise erfolgen würde, welche den Act der bürgerlichen Eheschließung vollständig ignorirt und die Giltigkeit der Ehe ausschließlich von der kirchlichen Einsegnung abhängig darstellt. Es ist gegenwärtig im Reichstage eine Interpellation in Vorbereitung, welche die Anfrage an die Reichsregierung richten will, ob sie von der Ausführung des Civilehegesetzes in einem solchen Sinne, der mit dem Wortlaut desselben in Widerspruch stehe, Kenntniß habe und event. welche Maßregeln sie dagegen zu treffen gedenke. — Die mecklenburgischen Abgeordneten werden in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich über fernere Schritte wegen erneuter Anträge auf Einführung einer constitutionellen Verfassung in den Großherzogthümern zu berathen, nachdem der Bundesrath die früheren Anträge abgelehnt hat. — Der Antrag Hoffmann u. Gen. gegen die Vollziehung der Strafhaft an Abgeordneten während der Session wird erst zu Anfang der nächsten Woche den Reichstag beschäftigen. Es liegt in der Absicht, den Antrag der Justizcommission zu überweisen.

* Aus einer statistischen Nachweisung über die Posteinrichtungen zur Vermittelung des Postverkehrs der ländlichen Bevölkerung entnehmen wir, daß im Durchschnitt auf jeden der am 1. Januar 1875 gezählten 6074 Postorte 73,1 □-Kilometer und 3000 Landbewohner kommen, ferner daß auf dem platten Lande zur Zeit 20 000 Briefkasten aufgestellt sind und daß täglich 11 100 Landbriefträger den Postverkehr der ländlichen Bevölkerung der 50 000 Landgemeinden des Reichspostgebiets ermitteln. Im Etat für 1876 ist abermals eine Vermehrung der Postanstalten in Landorten um 150 und der Landbriefträger um 400 vorgesehen. Dadurch werden die Bestellbezirke, wo sie noch zu groß sein sollten, verkleinert und die Postbestellungen auf dem platten Lande noch weiter beschleunigt werden können.

— Die Commission zur Vorberathung des Hilfskassengesetzes besteht aus folgenden Mitgliedern: Dr. Bamberger (Vorsitzender), Fr. Duncker (Stellvertreter), Frhr. v. Wendt und Heyl (Schriftführer), Moufang, Mueller-Pleß, Rickert, Oppenheim, Jacobi, Schmidt-Hamburg, Grumbrecht, Frhr. v. Heereman, Graf v. Praysing, Gratza, Dr. Techow, Sombart, Dr. Haenel, Parisius, Baron v. Minnigerode, Maltzahn-Guelt, Ackermann.

— Die Nachricht, daß Prinz Albrecht Hannover verlassen und als Commandant des VI. Armeecorps nach Breslau übersiedeln werde, entbehrt, nach Mittheilung des „H. C.", der Begründung.

— Von den 275 Landwehrbezirks-Commandos sollen 150 in Zukunft mit activen Offizieren besetzt werden. Im Jahre 1876 werden zunächst nur 50 neue Stellen geschaffen.

— S. M. Schiff „Ariadne", welches am 16. August c. den Hafen von Nagasaki verließ, ist am 20. dess. Mts. wieder auf der Rhede von Chefoo eingetroffen. An Bord Alles wohl.

— Da die Entscheidung der K. Regierung zu Potsdam über die Frage, ob die Pension des früheren Branddirectors Scabell auf den Stadthaushaltsetat zu bringen ist, noch aussteht und voraussichtlich nach dem bestehenden Geschäftsgang noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, hat das Ministerium des Innern Anweisung ertheilt, die gedachte Pension vorschußweise aus Staatsmitteln zu zahlen.

— Die Frage des Zeugnißzwanges betreffs der Redacteure ist, wie die „Magd. Ztg." mittheilt, in den Fractionsversammlungen des Reichstages besprochen worden. Die von der Justizcommission in Sachen des Zeugenzwanges beschlossene Fassung der betreffenden Paragraphen des Strafprozesses deckt nicht die Fälle, welche in letzter Zeit die Oeffentlichkeit bewegt haben. Es wurde vielfach die Nothwendigkeit erkannt, der brennenden Frage näher zu treten und zunächst das thatsächliche Material für die zweite Lesung des Strafprozesses zur Kenntniß des Reichstages zu bringen. Dem Vernehmen nach wird der Abg. Sonnemann die bekannten Vorkommnisse in Frankfurt dem Hause ausführlich mittheilen. Man beabsichtigt auch, eine Resolution zu beantragen, welche der Stellung des Reichstages zu dieser Frage einen bestimmten Ausdruck geben soll.

Aus Sachsen. Die „Dresd. Nachr." berichten von einigen militärischen Neuerungen, die durch Brigadebefehl vom 1. Novbr. bei den beiden sächsischen Grenadier-Regimentern eingeführt sind. U. a. ist vorgeschrieben, daß alle Mannschaften beider Regimenter „das Haar an den Schläfen in Form einer 6 vor den Ohren gekämmt" tragen müssen. (Lieb Vaterland kannst ruhig sein!)

München, 10. Novbr. Die von den bayerischen Bischöfen an den König gerichtete Vorstellung, betreffend die Altkatholiken, das Schulwesen und die Erhaltung der Klöster, ist ohne eine Verfügung an das Cultus-Ministerium gelangt,

Aus Baden, 9. Novbr. Aus einer in mehrfacher Beziehung interessanten Erklärung des Decans Lender von Sasbach, Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, erfährt man, daß sich, wie in der ganzen Welt Hunderttausende, so in dem Großherzogthum Baden von dem sogenannten Dritten Orden, zu dessen Zubehör der neuerdings vielbesprochene „Bußgürtel“ gehört, einige Tausende Mitglieder befinden, und zwar allein in den Pfarreien der drei Capitel Lahr, Offenburg und Ottersweier (letzteres hat Herrn Lender zum Decan) allein etwa 1500.

Frankreich.

XX Paris, 9. Nov. Vor ein paar Tagen wurde gemeldet, daß die Franzosen in Cuba sich sehr über den Commandanten der Fregatte „Niobe“ beklagen, weil derselbe kurz nach der Ermordung des französischen Colonisten Reygondaud in den Gewässern von Guantanamo erschien, nicht etwa um seine Landsleute zu beschützen und zu ermuthigen, sondern einfach um ihnen den Rath zu geben, sie sollten sich nicht mit Politik beschäftigen. Die „Agence Havas“ hat diesen, welcher nicht die „Niobe“, sondern die Fregatte „Sané“ befehligt, in einer ziemlich confusen Note gestern zu vertheidigen gesucht; die „République française“ hält aber heute die frühere Erzählung aufrecht und fügt hinzu, der Besuch jenes Offiziers habe für die Franzosen in Cuba den Charakter einer wahren Drohung gehabt und der Commandant der „Sané“ habe sich entschieden geweigert, die Wittwe des Ermordeten und ihre Kinder zu besuchen. Die „République“ fährt fort: Was die Action des französischen Consuls in Santiago von Cuba angeht, so war sie sozusagen Null. Der Posten von Santiago wird, wie es scheint, seit 18 Monaten von einem jungen Manne, H. Martin, verwaltet, dem es nothwendig an Autorität fehlt; der wahre Inhaber der Stelle, Herr d'Abzar, ist zwar seit zwei Jahren ernannt, aber nie in Santiago erschienen; er verwaltet das französische General-Consulat in Neu-Orleans. In Gegensatz zu den französischen Behörden, die nichts gethan, hätten die Consuln von England und Amerika sofort ihren Regierungen ausführliche Berichte über den Mord Reygondaud's zugeschickt und der letztere insbesondere hätte der Madrider Regierung sagen lassen, daß er gegen das in Cuba promulgirte Kriegsgesetz für seine Landsleute protestire. — Die hiesigen monarchistischen Blätter machen, nach dem Beispiel des „Moniteur“ großen und sehr unnützen Lärm mit gewissen Depeschen, welche sie in der zu Zürich erschienenen Vorgeschichte des Arnim'schen Prozesses gefunden haben. Es ist in der That nicht abzusehen, was sie dabei gewinnen können, denn wenn sie aus einer Stelle z. B., wo Bismarck dem Grafen Arnim vorwirft, zum Sturze Thiers' beigetragen zu haben, die Folgerung ableiten, daß Thiers von Bismarck unterstützt worden, was nach ihrer Auffassung in den Augen der französischen Nation für ein ungeheures Verbrechen des ehemaligen Präsidenten zu gelten hat, so können die Republikaner den Spieß umkehren (was sie natürlich nicht unterlassen) und den Siegern vom 24. Mai vorwerfen, daß sie die Schützlinge des Grafen Arnim gewesen.

Versailles, 9. Novbr. Die National-Versammlung setzte in ihrer heutigen Sitzung die zweite Berathung des Wahlgesetzes fort und nahm die 6 ersten Artikel desselben ohne erhebliche Debatte in der bereits bekannten Fassung an. Die Bedingung eines vorherigen sechsmonatlichen Domicils in demselben Wahlorte ist nur für die Theilnahme an den politischen Wahlen beibehalten. Das zur Wahlberechtigung erforderliche Lebensalter ist im § 6 auf 25 Jahre festgesetzt. Eine längere Debatte rief Art. 7 betreffend die Wählbarkeit von Militärpersonen hervor. Jules Simon bekämpft das von von Francisque Rive und René Brice zu demselben eingebrachte Amendement, wonach kein im activen Dienst befindlicher Soldat wählbar sein soll. Der Kriegsminister de Cissey dankte den Rednern, welche zu Gunsten des Amendements gesprochen, für die dabei dem Patriotismus und der Disciplin der Armee erwiesene Huldigung, sprach sich aber ebenfalls gegen die Wählbarkeit von Militärpersonen im Allgemeinen aus, weil vor allen Dingen die Disciplin in der Armee aufrecht erhalten werden müsse. Die Armee dürfe sich nicht in die Politik mischen; ihre alleinige Aufgabe sei der Schutz und die Vertheidigung der von der Nationalversammlung votirten Verfassung. Der Minister schlug vor, das Amendement Rive dahin abzuändern, daß die Offiziere, welche zu der ersten Section der Cadres des Generalstabes gehören, wie solche, die bereits ein oberstes Commando gegen den Feind geführt haben, wählbar sein sollen, ebenso die Offiziere der Territorialarmee. Die Nationalversammlung nahm hierauf mit 425 gegen 212 Stimmen den Artikel 7 in der von dem Kriegsminister vorgeschlagenen Fassung an, mit Ausnahme der auf die Offiziere der Territorialarmee bezüglichen Bestimmung, über welche die Berathung auf morgen vertagt wurde. (W. T.)

Italien.

Rom, 6. Nov. Der König wird heute in Florenz erwartet, wo er einige Tage zu residiren gedenkt. Wahrscheinlich wird der Monarch am 15. d. Mts., dem Tage der Eröffnung des Parlaments wieder nach Rom zurückgekehrt sein. — Der Kaiser von Deutschland hat auch den drei Cabinets-Secretären des Königs Victor Emanuel preußische Orden verleihen wollen, einer derselben hatte jedoch die Annahme desselben darum verweigert, weil er nicht der Gegenstand der Eifersucht der andern Beamten des Königlichen Hauses werden wolle, die keine Decoration erhalten haben; deshalb hat ihnen der Monarch goldene Tabaksdosen, mit Brillanten besetzt, geschenkt. Die „Lombardia“ schreibt, der Kaiser hätte sich bei dem Banquier Mylius in Mailand einen Credit von 1 400 000 Lire eröffnen lassen, solchen aber nur in Höhe von 100 000 Lire in Anspruch genommen, die übrigen deponirten 1 300 000 Lire werden daher nach Berlin zurückwandern.

Rom, 10. Novbr. Gestern ist die Antwort der Curie auf die letzte Note der spanischen Regierung nach Madrid abgegangen. Dieselbe widerlegt die in der Note aufgestellten Behauptungen und ergeht sich in einer Prüfung der Grundlagen des Concordates, welche nicht geändert werden sollen. Weiter heißt es dann, der Vatican wolle der neuen spanischen Regierung keine Verlegenheiten bereiten, sondern sie im Gegentheil mit wahrhaft wirksamen Mitteln unterstützen, auf daß das geheiligte Band nicht zerrissen werde, das stets den Ruhm Spanien's gebildet habe. Die Glaubenseinheit, die man verbannen möchte, sei kein Hinderniß für die Entwickelung der Civilisation. Wenn die spanische Regierung dennoch aus Gründen der äußersten Nothwendigkeit glaube, diese Principien in andere Formen bringen zu müssen, so sei der heilige Stuhl bereit, hierüber in Verhandlung zu treten und solche Modificationen des Concordates eintreten zu lassen, die er für annehmbar erachten werde. Aus den gegenseitig auszutauschenden Erklärungen werde man ersehen, bis zu welchem Punkte die Curie den Entwurf der neuen Verfassung werde annehmen können.

England.

London, 10. November. Bei dem gestrigen Lordmayors-Banket, dem auch der deutsche und österreichisch-ungarische Botschafter beiwohnten, beantwortete der Letztere den auf die Vertreter der auswärtigen Mächte angebrachten Toast und betonte dabei, daß er Namens seiner anwesenden und abwesenden Collegen die Zuversicht aussprechen zu können glaube, daß eine Störung des allgemeinen Friedens nicht zu erwarten stehe. Der Premier Disraeli beantwortete den Toast auf die Mitglieder des Ministeriums. In seiner Rede erwähnte er, daß er die Gefahr eines Krieges mit China, Dank der Einsicht der Chinesen und der Energie des englischen Gesandten Wade, sowie durch die Hilfsmittel der englischen Regierung als beseitigt ansehe. Er hätte gewünscht, über die politischen Angelegenheiten in einem weniger entfernten Lande als China sich mit eben solcher Befriedigung, wie über die zufriedenstellenden Beziehungen England's zu der chinesischen Regierung aussprechen zu können. Es würde indeß Affectation sein, dergleichen vorzugeben. Der Aufstand in einer türkischen Provinz habe einen Zustand herbeigeführt, der in diesem Lande leicht kritisch werden könne. Im gegenwärtigen Falle habe eine nicht hoch genug anzuschlagende weise Nachsicht der direct dabei interessirten Großmächte eine so glückliche Wirkung hervorgebracht, daß man vor einigen Monaten zu glauben berechtigt gewesen sei, es würde jene ernstliche Unruhe schleunigst beseitigt werden. Ein unglückliches Ereigniß, eine finanzielle Katastrophe habe den bereits im Verscheiden begriffenen Kampf wieder angefacht, allen Verhältnissen ein neues Ansehen gegeben und Hoffnungen und Befürchtungen an Stellen und in Kreisen geschaffen, wo dieselben bis dahin nicht bestanden hätten. Es sei unmöglich, zu sagen, daß Verhältnisse solcher Art nicht kritisch seien: aber er habe unausgesetzt das größte Vertrauen auf die weise Nachsicht der direct interessirten Großmächte und glaube, daß diese Nachsicht auch ferner werde ausgeübt werden. Er habe nicht nur die Hoffnung, sondern auch die Ueberzeugung, daß Mittel gefunden werden würden, die ein befriedigendes Ergebniß herbeiführten, ein Ergebniß, das mit der Erhaltung des Friedens vereinbar und zugleich befriedigend für die öffentliche Meinung Europa's sei. (Beifall.) Ein anderes Resultat wünsche er nicht in Aussicht zu nehmen (abermaliger Beifall), er wünsche nur noch hervorzuheben, daß die Interessen der Kaisermächte in dieser Frage unzweifelhaft directer, als diejenigen England's berührt würden, daß dieselben aber, wenn schon directer, doch nicht wichtiger und bedeutender seien als diejenigen England's und die Leiter der englischen Regierung seien sich des Charakters und der Wichtigkeit dieser Interessen vollständig bewußt und entschlossen, dieselbe zu wahren und zu behaupten. (Lebhafter Beifall.) Disraeli erwähnte demnächst noch die Reise des Prinzen von Wales nach Indien, von der er sich wichtige Erfolge verspreche und sprach die Hoffnung und Zuversicht aus, daß das englische Volk mit der Politik der Regierung im Innern, wobei man die Verbesserung der socialen Lage in aufrichtiger Weise anstrebe, zufrieden sein werde. Er hoffe, beim nächstjährigen Banket die Versammlung dazu beglückwünschen zu können, daß der Frieden erhalten worden sei, er rechne aber auch auf erfolgreiche Resultate der inneren Politik der Regierung, damit, falls die Nothwendigkeit entstehe und falls der Königin die Pflicht auferlegt werde, ihre Macht und Stärke zu zeigen, die Königin im Stande sei ihren Appell an ein zufriedenes und ihr vertrauendes Volk zu richten. (W. T.)

— Die heutigen Morgenblätter sprechen sich allesammt zu der von Disraeli auf dem gestrigen Lordmayors-Banket gehaltenen Rede zustimmend aus und sind namentlich mit seinen Aeußerungen über die Stellung England's zu der orientalischen Frage einverstanden. (W. T.)

Schweden.

Stockholm, 7. Nov. Das neue 3½ Millionen-Anlehen der Stadt Stockholm wird vom 15. d. ab in dem Cassa-Comtoir der Stadt zum Verkauf aufgelegt. Die Stücke lauten auf 5000 und 1000 Kronen, und wird die 5 % Rente halbjährlich bezahlt. — Seit dem 19. October ist der Hafen Hernösand's mit Eis bedeckt und ist seit dieser Zeit kein Fahrzeug mehr eingelaufen, so daß die diesjährige Schifffahrts-Saison als abgeschlossen betrachtet werden kann, mit Ausnahme einiger noch zurückzuerwartenden Hernösandfahrzeuge. — Von Piteä wird unter dem 28. October geschrieben, daß die Buchten mit starkem, befahrbarem Eis belegt sind, und daß es den Dampfern nur mit Mühe gelungen, bisher eine Rinne offen zu halten. — Die Winterpost-Verbindung zwischen Visby und Oskarshamn dürfte bald ihren Anfang nehmen, der Dampfer „Sophia“ liegt zu diesem Zweck klar in Oskarshamn. Sowohl „Sophia“ als „Polhem“ sind in diesem Sommer der sorgfältigsten Reparatur unterzogen.

Amerika.

— In Folge der Erklärung Rußland's, daß es sich zur Beschickung der Ausstellung in Philadelphia entschlossen habe, wird daselbst kein für Europa vorbehaltener Platz leer bleiben. Die schließliche Zustimmung Rußland's hat unsere Regierung aus einem unangenehmen Dilemma befreit. Kurz nachdem der Congreß — trotz seiner Verwahrung, daß er für die Kosten nicht verantwortlich sei — der Ausstellung eine halbwegs nationale Sanction ertheilt hatte, ließ das Staats-Departement durch unsere Gesandten an alle auswärtigen Mächte Einladungen ergehen. Deutschland, England, Frankreich und die meisten anderen europäischen Nationen nahmen die Einladung sofort an. Ueber den Grund der Zurückhaltung Rußland's sind seiner Zeit die verschiedensten Vermuthungen aufgestellt worden. Nun hat jedoch in Petersburg schließlich eine liberalere Denkungsweise Platz gegriffen. Dadurch schwindet der letzte Zweifel vor der Vollständigkeit und dem Glanze der ausländischen Departements der Ausstellung. Alle Nationen Europa's, sämmtliche civilisirte Völker Asien's und Afrika's und alle Länder Nord- und Südamerika's ohne Ausnahme werden also in Philadelphia mit den Vereinigten Staaten in die Schranken treten. Der schließliche Erfolg der Ausstellung ruht demnach jetzt in Händen der Unternehmer, d. h. des Staates Pennsylvanien, und es ist die höchste Zeit, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die nöthigen Geldmittel zu beschaffen. Einzelstaaten, Körperschaften und Individuen haben reichlich beigesteuert, dennoch fehlt es so weit noch an nahezu 3 000 000 Doll., um die Gebäude, sowie sonstige Vorbereitungen zu vollenden. — Das Gesetz des Staates Louisiana, welches die Veröffentlichung amtlicher Ankündigungen in deutschen Zeitungen vorschreibt, ist von dem obersten Gerichtshof jenes Staates für verfassungswidrig erklärt worden.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Magdeburg, 11. Novbr. Die „Magdeburgische Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Reichstags-Abgeordneten Lucius, welches die ihm von mehreren Zeitungen zugeschriebenen Aeußerungen über den angeblich vom Fürsten Bismarck ausgesprochenen Wunsch, seines Amtes enthoben zu werden, für vollkommen erfunden erklärt.

Danzig, 11. November.

* Der „Staatsanz.“ publicirt heute die K. Cabinetsordre, durch welche für die Verwaltung der Ostbahn eine vierte Königl. Eisenbahn-Commission mit dem Sitze in Danzig errichtet wird.

* Auf directe Anweisung aus dem Ministerium des Innern wurde gestern von der Polizei in den hiesigen Buchhandlungen nach der in Zürich erschienenen Broschüre „Pro nihilo“, welche die Vorgeschichte des Arnim'schen Prozesses bespricht, recherchirt.

Vorgestern Abend kam es in St. Albrecht zwischen zwei Kaufleuten (Compagnons) zu einem heftigen Streite, welcher dadurch herbeigeführt wurde, daß der Eine derselben, als er von einer Geschäftsreise zurückkehrte, die Kasse nicht in Ordnung fand. Dadurch gerieth er so in Wuth, daß er seinem schon im Bette liegenden Compagnon mit einem Zuckermesser das Nasenbein einschlug und ihm mit einem Hirschfänger mehrere Hiebe versetzte. — Verhaftet wurden: der Fleischermeister L., weil er in der vergangenen Nacht in dem Restaurations-Local, Junkergasse 3, vorsätzlich eine Fensterscheibe einschlug; das Dienstmädchen J., das seiner Brodherrschaft die Betten aufgetrennt und daraus eine Quantität Dannen gestohlen hatte; außerdem 16 Personen, darunter 10 Obdachlose.

— Die „N. Westpr. Mitth.“ berichtigen heute die in ihrer vorletzten Nummer gemachte, auch von uns übernommene Mittheilung, betr. den Unglücksfall auf der Weichsel dahin, daß derselbe glücklicherweise nicht so groß gewesen, wie ihn das Gericht bezeichnet hat. Die Eigenthümer der Holztraft und die Fährverwaltung haben zwar einen bedeutenden Schaden erlitten, namentlich die ersteren, aber Menschenleben sind nicht verloren gegangen, denn die anfangs vermißten Flößer haben sich alle eingefunden. Dieselben — es sollen allerdings 13 Mann gefehlt haben und man nahm nicht mit Unrecht an, daß dieselben ihren Tod in den Fluthen gefunden haben würden — hatten sich an verschiedenen Stellen ans Ufer gerettet und trafen am folgenden Tage bei ihrem Herrn in Mewe wieder ein.

)(Zoppot, 18. Nov. Die K. Regierung hat dem bisherigen Leiter der hiesigen sechsklassigen Gemeindeschule, Herrn Krüger, den Titel „Hauptlehrer“ verliehen. — Vor Kurzem hat sich hier ein Verein zur Pflege des Männergesanges gebildet. — Die Baulust ist noch immer im Wachsen, und trotz der ungünstigen Witterung sieht man rüstig an den im Entstehen begriffenen Gebäuden fortarbeiten.

C. Marienburg, 10. Novbr. Am vergangenen Sonnabend mußte die Pontonbrücke abgeschwenkt werden, da der Strom schon recht viel Eis trieb. Am Sonntage trat gelindes Wetter ein, so daß die Brücke schon am Montage wieder aufgefahren wurde. Wir verdanken dies unserer Verwaltungs-Commission und besonders unserm Brückenmeister. Da die Passage über die Eisenbahnbrücke eine sehr beschränkte ist, so leidet der Verkehr bedeutend, wenn wir die Pontonbrücke nicht haben. — Heute Vormittag Frostwetter, Nachmittag anhaltender Regen.

Culm, 9. Nov. Wie die hiesige Zeitung berichtet, traf gestern hier die Nachricht ein, das der frühere Bankdirector der Culmer Kreditgesellschaft T. G. Kirstein in New-York im Spitale gestorben und von allen Mitteln entblößt, als Stadtarmer begraben worden ist. Sein Wunsch, noch einmal Jemand von seinen Verwandten vor seinem Tode zu sehen, ist in Erfüllung gegangen, da seine Frau vor Kurzem in New-York bei ihm gewesen ist.

— Der „Ges.“ ist in der Lage, auf Grund einer aus offiziellen Quellen stammenden Nachricht mittheilen zu können, daß die speziellen Vorarbeiten für die Eisenbahn von Jablonowo nach Graudenz bis zum 8. d. M. Seitens der Direction der Ostbahn im Handelsministerium noch nicht zur Vorlage gebracht waren. Das Blatt erinnert dabei daran, daß Weinachten 1873 bereits die allgemeinen Vorarbeiten für diese Strecke fertig waren!

— In der Nacht zum Montag brannten die Gebäude der K. Domäne Tynwalde (Kr. Löbau) gänzlich nieder. Große Getreidevorräthe verbrannten mit. 2000 Schafe, von denen nur 1300 versichert waren, fanden ihren Tod in den Flammen.

△ Osterode, 10. Nov. Zufolge Beschlusses der städtischen Behörden hat die hiesige Polizei-Verwaltung angeordnet, daß vom 1. Dezember d. J. ab alle Straßen und Plätze unserer Stadt in sich abschließende Straßen-Nummern erhalten sollen. — Am 30. v. Mts. geriethen in Manchenguth hiesigen Kreises mehrere Knechte in Streit, der alsbald in Thätlichkeiten ausartete. Hierbei verletzte der Knecht Lonk den Knecht Stolczewski so schwer mit einer Runge, daß derselbe auf der Stelle verschied. Lonk ist am 4. d. in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert worden. — Der Entwurf zum Stadthaushalt-Etat pro 1876 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 49 958 Mk. 66 Pf. gegen 46 228 Mk. im Vorjahr ab. Die Communalsteuer zeigt gegen das Vorjahr eine Erhöhung von ca. 4000 Mk. Der Etat der Armenkasse weist 5744, derjenige der Schulkasse 25 238 Mk. in Einnahme und Ausgabe nach. Unter den Einnahmen der letztbezeichneten Kasse befinden sich u. A. 9900 Mk. Schulgelder, unter den Ausgaben 22,935 Mk. Gehalt für 16 Lehrer und 3 Lehrerinnen.

Bromberg, 11. Nov. Zwischen den Ostbahnstationen Nakel und Netzthal (Osiek), gegenüber von Samostrzel, einem Gute des Grafen Bninski, soll eine neue Haltestelle unter dem Namen „Walden“ errichtet werden. Mit den Erdarbeiten hat man bereits begonnen, die Gebäude sollen im nächsten Jahre ausgeführt werden. Graf Bninski hat nicht nur das Terrain unentgeltlich hergegeben, sondern sich auch zur Lieferung der für die Hochbauten nöthigen Ziegelsteine und Bauhölzer verflichtet.

Vermischtes.

— Die von Ernst Eckstein redigirte, im Verlage von Joh. Fr. Hartknoch in Leipzig erscheinende „Deutsche Dichterhalle“ bringt in ihrer 21. Nummer folgenden Inhalt: Der Gladiator von H. Lingg. — Eine Parenthese vom Verfasser des „Neuen Tanhäuser.“ — Meine Muse von M. Schlierbach. — Schein und Sein von F. Holm. — Klage von A. v. Gottberg. — Frage und Antwort von A. Lindner. — Aus der Kindheit von J. Sturm. — Essad von H. Böhnke. — Auf dem Tmolos von R. Hamerling. — Hugo Gaedcke † von G. Haller. — Dr. Falk. — Vermischte Mittheilungen. — Offener Sprechsaal. — Briefkasten.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 10. Novbr. [Productenmarkt] Weizen loco flau, auf Termine besser. — Roggen loco fest, auf Termine fester. — Weizen pr. Novbr. 126℔ 1000 Kilo 199 Br., 198 Gd., pr. Dezember-Januar 126℔ 200 Br., 199 Gd. — Roggen pr. November 1000 Kilo 151 Br., 150 Gd., pr. Dezember-Januar 152 Br., 151 Gd. — Hafer fest. — Gerste still. — Rüböl ruhig, loco 69, pr. Mai pr. 200℔ 70½. — Spiritus ruhig, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Novbr. 36½, pr. Dezember-Januar 37, pr. April-Mai 38, pr. Juni-Juli 39. — Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 11,75 Br., 11,60 Gd., pr. November-Dezember 11,75 Gd., pr. Januar-März 11,80 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 11. November.

Weizen loco matter, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	132-135℔	220-230 M. Br.	170-207 M. bez.
hochbunt . . .	131-134℔	212-220 M. Br.	
hellbunt . . .	127-131℔	210-215 M. Br.	
bunt	125-131℔	200-208 M. Br.	
roth	128-134℔	188-195 M. Br.	
ordinair . . .	122-130℔	180-200 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 198 M.
Auf Lieferung 126℔ bunt pr. November 197 M. Br., pr. April-Mai 214 M. Br., 212 M. Gd., pr. Mai-Juni 216 M. Br.

Roggen loco unverändert, pr. Tonne von 2000 ℔ 152 und 153 M. pr. 120℔ bez.
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 150 M.
Auf Lieferung pr. April-Mai 156 M. bez.

Gerste loco pr. Tonne von 2000℔ große 116℔ 165 M., 118/9℔ 173 M.

Erbsen loco pr. Tonne von 2000℔ weiße Koch- 179 M., weiße Futter- 165 M.

Rübsen loco pr. Tonne von 2000℔
Regulirungspreis 300 M.

Raps loco pr. Tonne von 2000℔
Regulirungspreis 305 M.

Spiritus loco pr. 10,000 Liter pCt. 46,50 M., pr. April-Mai 51 M. Br., pr. Mai-Juni 51,50 M. Br.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,305 Gd., do. 3 Mon. 20,145 Br. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 108,90 Gd. 3½ pCt. Preußische Staats-Schuldscheine 90,55 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 83,40 Gd., 4 pCt. do. do. 92,00 Gd., 4½ pCt. do. do 100,25 Br. 5 pCt. do. do. 107,00 Br. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99,75 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 11. November 1875.

Getreide-Börse. Wetter: trübe, milde und feucht. Seit gestern Nachmittag bis heute früh anhaltender Regen. Wind: SW.

Weizen loco verkehrte am heutigen Markte in matter und flauer Stimmung, die Kauflust war nicht allgemein vertreten, und man war besonders für glasige und abfallende Waare genöthigt, weniger als gestern zu nehmen. 460 Tonnen wurden verkauft und ist bezahlt für Sommer- 132, 133/4℔ 188 M., roth 129/30℔ 192 M., blauspitzig 125℔ 170 M., glasig 129/30℔ 192 M., besserer 128℔ 200 M., hellfarbig 123/4℔ 197½ M., 131/2℔ 202 M., 131/2℔ 204 M., hellbunt 127/8, 129, 130/1℔ 205, 206 M., hochbunt 130/1, 131/2℔ 208, 210 M. pr. Tonne. Termine stille, November 197 M. Br., April-Mai 214 M. Br, Mai-Juni 216 M. Br. Regulirungspreis 198 M.

Roggen loco fest, 122℔ 154 M., 126℔ 158 M., 127℔ 160 M. pr. Tonne ist bezahlt. Umsatz 20 Tonnen. Termine fester, April-Mai 156 M. bez. Regulirungspreis 150 M. — Gerste loco große 116℔ 165 M., 118/9℔ 173 M. pr. Tonne bezahlt. — Erbsen loco Futter- 165 M., Koch- 179 M. pr. Tonne. — Wicken loco 190 M. pr. Tonne bez. — Spiritus loco ist zu 46 50 M. verkauft, April-Mai 51 M. Br., Mai-Juni 51½ M. Br.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 11. Nov. Wind: WSW.

Angekommen: Trientia, Feddes, Hamburg, altes Eisen. — Christian, Espersen, Copenhagen. Ballast. — Wallachia (SD.), Rive, Newcastle, Kohlen.

Ankommend: 3 Schiffe.

Thorn, 10. Nov. Wasserstand: 2 Fuß 11 Zoll.
Wind: SO. Wetter: trübe, Nachm. regnigt.

Stromauf:

Von Danzig nach Neuhof: Schulz, Töplitz u. Co., Schienen.

Von Danzig nach Neuhof und Thorn: Rothenbücher, Töplitz u. Co., Loche u. Hoffmann, Blei, Seegras.

Von Stettin nach Wloclawek und Thorn: Freschke, Cementfabrik, Herz, Laski, Leduc, Frères, Sachs, Polborn, Eberhardt u. Müller, Chem. Industrie-Verein, Maaß u. Röhmann, Berliner Spediteur-Verein, Bergheim, Runge u. Söhne, Krippenstapel u. Schüler, Gotschalk u. Sohn, Ermeler u. Co., Silling, Meske, Borkowski, Cement, Eisenblech, Stahl, Grabstein, Wagenfett, Schwefel, Salpeter, Wein, Wasserglas, Papier, Oel, Bleiweiß, grüne Seife, Cichorien, Tabak, Kerzen, Oefen, Reis.

Von Neufahrwasser nach Thorn: Adam, Fürstenberg, Siewert, Siedsalz, Steinkohlen.

Stromab:

Thieme, Otto u. Co., Thorn, Danzig, 1 Kahn, 1680 Ctr. Weizen.

Bohre, Leiser, Thorn, Danzig, 1 Kahn, 1500 Ctr. Weizen.

Krupp, Otto u. Co., Thorn, Danzig, 1 Kahn, 1800 Ctr. Weizen.

Meteorologische Beobachtungen.

Novbr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
11	8	325,53	+ 6,4	SW., mäßig, trübe, bezogen.
	12	325,61	+ 5,5	WSW., frisch, „ „

Echte Straußfedern

in den gangbarsten Sorten, sowohl kurze als lange, hauptsächlich schwarz und naturgrau, kann ich in Folge eines günstigen Gelegenheitskaufes erheblich unter dem Preise abgeben.

L. J. Goldberg.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden erfreut
Julius Hoppe nebst Frau, geb. Kind.
9990)

Heute Morgen 6 Uhr endete nach schwerem Kampfe das theure Leben meines geliebten Mannes, unseres Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters, des Rentiers
Georg Wilhelm Witte
im Alter von 68 Jahren, welches wir allen Freunden und Bekannten tief betrübt anzeigen.
Danzig, den 11. November 1875.
Die Hinterbliebenen.
Das Begräbniß findet Montag, Vormittags 10 Uhr, auf dem St. Salvator-Kirchhofe statt. (9997

So eben erschien und ist von mir zu beziehen:
Karte des Stadt- u. Landkreises Danzig
im Auftrage der Kgl. Regierung herausg. von der Kartogr. Abth. der Kgl. Preuß. Landesaufnahme 1875.
Maasstab 1/100,000.
Preis: 1,50, color. 2 Mk.
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musik-Handlg.

Verlag von **Carl Conradi** in Stuttgart.
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Prof. Dr. Johannes Scherr's
Allgemeine Geschichte der Literatur
Ein Handbuch in zwei Bänden, umfassend die nationalliterarische Entwicklung sämmtlicher Cultur-Völker des Erdkreises.
Fünfte ergänzte Auflage in 2 Bdn. gr. 8°. In 1 eleg. Ganzleinwbd. oder Halbfranzbd. ℳ 11,50.
Bündigste und anschaulichste Geschichte der Entwickelung des Menschengeistes, eigentlich eine Philosophie der Literaturgeschichte, geistvoll vergleichend, voll großartiger Aperçus und Fingerzeige. — Nahezu 3000 Schriftsteller finden mehr oder weniger ausführlich darin Erwähnung. Vorzüglich zu Geschenken geeignet.
Vorräthig in Danzig in
L. Saunier's Buch- u. Kunsthandl.
A. Scheinert.



Danzig — Königsberg.
Dampfer „Oliva" geht Sonntag den 14. d. von hier nach Königsberg.
Emil Berenz.

Algierer Blumenkohl, Strassburger Gänseleber-Pasteten, Astrachaner Schotenkerne, Stangen-Spargel, Italienische Prünellen Italienische Maronen
empfiehlt
J. G. Amort,
Langgasse No. 4.

Trüffel-Leberwürste, Astrach. Perl-Caviar, Goth. Cervelatwürste, Pomm. Gänsebrüste, Elb-Caviar
empfiehlt
J. G. Amort,
Langgasse No. 4.

Limonen, Dill-, Senf- und Pfeffer-Gurken
empfiehlt
H. Entz,
Langenmarkt No. 32.

Cigarren m. Hav.-Tab. hochf. 1/10 1 1/5, 1 1/2—3 ℳ Fabrp. Hundeg. 39, H.

Der eröffnete Weihnachts-Ausverkauf enthält:

1 Partie farbig. Seidenstoffe,	Mohairs,	Jaconnetts,
do. irish Poplins,	Alpaccas,	Mousselines,
do. reinwoll. Velours,	Lustres,	Percals,
do. „ „ Popel. retors,	Mozambiques,	Organdys,
do. „ „ Plaids,	Barêges,	Cattune,

ferner empfehle, wegen gänzlicher Aufgabe dieser Artikel,
Buckskin zu Herren- u. Knaben-Anzügen, wollene u. baumwoll. **Unterkleider** für Herren.
W. Jantzen.

Deutsche Lebens-, Pensions- und Renten-Versicher.-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit in Potsdam.
Versicherungsbestand ult. October 1875:
28,437 Policen mit 43,487,621 Mark.
Im Monat October waren zu erledigen:
769 Anträge mit 1,795,100 Mark
und vom 1. Januar bis ult. vor. Mts.
8,158 Anträge mit 17,884,803 Mark.
Danzig, den 1. November 1875.
Die General-Agentur:
Fr. Wilh. Herrmann,
9986) Vorstädt. Graben No. 49.

1. Damm 10. 1. Damm 10.
Morgen Freitag, d. 12., und Sonnabend, den 13. Novbr.:
Fortsetzung des
Ausverkaufs
des zur Max Cohn vorm. J. M. Cohn'schen Concursmasse gehörigen Waarenlagers
zu gerichtlichen Taxpreisen.
Zum Verkauf kommen:
Bettzeuge, Creas-Leinen, Shirtings, Bett-, Tisch- und Kommoden-Decken, Tricotagen, als: Camisols und Unterbeinkleider, Handtücher, Staubtücher, Tischgedecke, Plüsche und Tuche.
Filz- und Gummischuhe,
sowie Hüte u. Mützen aller Art für Herren u. Knaben.
Der Verwalter.

Durch neue Sendung auf das beste assortirt, empfehle einem hochgeehrten Publikum mein Lager **goldener und silberner Herren- und Damen-Uhren, Regulateurs, schwarzwalder Wand- und Wecker-Uhren.**
Ferner: **goldene, silberne und Talmi-Uhrketten und Schlüssel** für Herren und Damen in großer Auswahl unter strenger Reellität und promptester Bedienung.
Hochachtungsvoll
Ed. Zachrau, Uhrmacher,
Maßkauschegasse 2.
NB. Reparaturen gut und billig unter Garantie. (9989

Amerikanische Treibriemen
vorzüglicher Qualität
in allen Dimensionen, zu billigen Preisen,
empfiehlt
E. Wagner, Poggenpfuhl 8.

Café d'Angleterre,
Langebrücke u. Heiligegeistg. 71 c.
Sonnabend, den 13. d. Mts., erstes Auftreten meiner neu engagirten Sing-spiel-Gesellschaft Schlosser aus Böhmen. Um recht zahlreichen Besuch bittet
A. Gutzmer.

Reuter-Vorlesung.
Im Saale des Gewerbehauses
Freitag, den 10. November, Abends 7 Uhr,
Vorträge
aus
Fritz Reuter's Dichtungen
gehalten von
Herrn **Friedr. Gloede**
aus Mecklenburg-Schwerin.
Programm:
Ut de Franzosentid. — Hanne Nüte. — Ut mine Stromtid. — Läuschen un Rimels.
Billets zu reservirten Plätzen à ℳ 1,50, nicht reservirten Plätzen à ℳ 1, sowie Schülerbillets à 75 ₰ sind zu haben in der **L. Saunier**'schen Buchhandlung (A. Scheinert) Langgasse 20 und an der Kasse.

Geschäfts-Eröffnung.
Meinen geschätzten Kunden wie einem hochgeehrten Publikum erlaube mir hiermit ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage neben meinem Atelier für Neuarbeiten und Reparaturen ein
Juwelen-, Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren-Lager
in meinem Hause, **Große Scharrmachergasse No. 2**, eröffnet habe.
Indem ich für das mir bis jetzt in so reichem Maße bewiesene Wohlwollen meinen besten Dank ausspreche, bitte ich mir dasselbe in meinem neuen Unternehmen gütigst zu Theil werden zu lassen und werde bestrebt sein, durch Stellung möglichst billigster Preise und strengster Reellität das mir geschenkte Vertrauen in jeder Weise zu rechtfertigen.
Danzig, den 8. November 1875.
Hochachtungsvoll
J. Lentz, Juwelier.

Für Gesangvereine
empfehle ich mein großes Lager von ernsten und heiteren Gesängen, für gemischten Chor, Männerquartette, Terzette, Duette und Solostimmen. Ansichtsendungen, auch nach auswärts, stehen gern zu Diensten.
Hermann Lau,
Musik-Handlung,
74. Langgasse No. 74.

Theater-Anzeige.
Freitag, den 12. November. (3. Ab. No. 11.) Zum ersten Male wiederholt: **Der Haideschacht.** Oper in 3 Akten von F. v. Holstein.
Sonnabend, 13. November. (3. Ab. No. 12.) **Er muß aufs Land.** Lustspiel in 3 Akten von Friedrich. Vorher: **Ein delikater Auftrag.** Lustspiel in 1 Akt von Ascher.

Paraffin- und Stearin-Lichte
in allen Packungen
empfiehlt
Arnold Nahgel,
Schmiedegasse No. 21.

Selonke's Theater.
Freitag, den 12. Novbr.: **Zweites Gastspiel des Prestidigitateurs Herrn Professor Hermann, sowie Gastspiel der Tyroler Sänger-Gesellschaft Kopp.** U. A.: **Doctor Robin.** Charakterbild. **Zwei schwache Menschenkinder.** Komische Scene mit Gesang. **3 Lieferl.** Liederspiel.

Bazar
zum Besten des hiesigen Volkskindergartens.
Montag, den 15., und Dienstag, den 16. d. Mts., von 9½ Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags. Eine besondere Ausstellung der eingegangenen Gaben findet **nicht** statt; am ersten Verkaufstage Entree 25 ₰.
Das Comité.

Echt Emmenthaler Schweizerkäse à ℳ 2 per Kilo, Tilsiter Sahnenkäse, deutschen Schweizerkäse, alten und frischen Werderkäse, Limburger Käse empfiehlt
Arnold Nahgel,
Schmiedegasse 21, nahe dem Holzmarkt.

Hesse'scher Gesangverein.
Morgen Uebungsstunde.

Die bunte Welt.
Illustr. Zeitschrift, herausg. v. **W. Uhland.** Mit Farbendruckbildern und vielen hundert Holzschnitten. Jahrg. 1873. Statt 2⅔ Thlr. für **25 Sgr.** zu haben bei
Th. Bertling,
9993) **Gerbergasse 2.**

Mein Lager
Berliner Billards, feuerfester Geldschränke, Bierdruck-Apparate
empfehle zu Fabrikpreisen.
Carl Volkmann, Heiligegeistgasse 104.

Wasserleitungen
für die Zwecke der Landwirthschaft und des Haushaltes fertigt
J. Zimmermann, Steindamm 7.

Magdeburg. Sauerkohl, bestes türk. Pflaumenmus, Werder-Leckhonig, Dill- u. Senfgurken empfiehlt
Carl Wallisch, Pfefferstadt No. 38.

Schmidt's Atelier für künstliche Zähne Fleischergasse No. 73, vis-à-vis der Trinitatis-Kirche. (284

Nautischer Verein.
Freitag, den 12. November, Abds. 7 Uhr, Vereinsversammlung im Hause der Kaufmannschaft, Langenmarkt 45, 1 Treppe.
Tages-Ordnung: Schiffahrts-Gesetzgebung.
9975) **Der Vorstand.**

Kölner Dombau-Lotterie à 3 ℳ.
Kölner Flora-Lotterie à 3 ℳ.
Berliner Flora-Lotterie à 3 ℳ.
Arndt-Denkmal-Lotterie à 3 ℳ.
Schleswig-Holstein. Lotterie. Kaufloose der 1. Klasse (24 Novbr. cr.) à 75 ₰ bei
Theodor Bertling, Gerbergasse 2.

Verantwortlicher Redacteur H. Rödner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9426 der Danziger Zeitung.

Danzig, 11. November 1875.

Danzig, 11. November.

* In der am 30. October cr. in Berlin unter Leitung des Vorsitzenden des Verwaltungsrathes Herrn C. H. Wätjen aus Bremen abgehaltenen Genergl-Versammlung des Germanischen Lloyd, deutscher Gesellschaft zur Classifizirung von Schiffen, an welcher die Delegirten sämmtlicher Districtsvereine und der Director des Rheinisch-Westfälischen Lloyd, Transportversicherungs-Gesellschaft, Herr Kley und M. Gladbach, theilnahmen, wurde der Geschäftsbericht über den Zeitraum von 1872—1874 erstattet. Der Bericht verbreitete sich zunächst über die Gründe der Verzögerung, weiche die Einberufung dieser General-Versammlung erlitten. Die Verhandlungen wegen Gewinnung der Rechte einer juristischen Person in Preußen und die Allerhöchste Genehmigung des neu revidirten Statuts wären erst im Juli d. J. zum glücklichen Abschluß gelangt. Die Gesellschaft erfreue sich jetzt jener Rechte und das Statut sei genehmigt. Es wurde weiter über die Ausdehnung des Geschäftsgebietes, über die erfreuliche Zunahme der Einnahmen und der Zahl der Abonnenten berichtet, und mitgetheilt, daß die Vorarbeiten für die Bauvorschriften für eiserne Schiffe so weit gediehen seien, um deren definitive Feststellung binnen Kurzem beschaffen zu können. Von Seiten der hohen Behörde werde der Gesellschaft ein sichtbares Wohlwollen zur Förderung der Zwecke entgegen getragen, und wurde noch besonders auf das non dem Herrn Marine-Minister an die Gesellschaft gerichtete ehrende Schreiben hingewiesen. Die Versammlung nahm den Bericht mit Interesse entgegen und erledigte dann die übrigen Gegenstände der Tagesordnung, indem für die Rechnungen pro 1872, 1873 und 1874 Decharge ertheilt, die Revision der Rechnung pro 1875 dem Districtsverein für die Trace übertragen und endlich die Commission von Sachverständigen gebildet wurde. In letztere wurden gewählt: die Herren Rosendahl-Papenburg, Semcke-Bremerhaven, Wencke-Hamburg, Heitmann-Lübeck, Ludewig-Rostock und Klawitter-Danzig. — Der auf Grund des neuen Statuts von den einzelnen Districtsvereinen erwählte neue Verwaltungsrath hatte sich bereits am Tage von der Versammlung constituirt und den Herrn C. H. Wätjen in Bremen zum Vorsitzenden, den Herrn Consul B. Brons in Emden zu dessen Stellvertreter ernannt.

* Am 6. November ist zu Clarens am Genfer See der Landrath a. D. Richard v. Below-Lugowen, geboren am 2. November 1833, berufen in's Herrenhaus auf Präsentation des Verbandes des alten und des befestigten Grundbesitzes in den vereinigten Landschafts-Bezirken Littauen und Masuren durch Allerhöchsten Erlaß vom 6. Februar 1874, gestorben. In Folge seines leidenden Gesundheitszustandes, der ihn auch veranlaßt hatte, die Entlassung aus dem Staatsdienste nachzusuchen, war Herr v. Below in's Herrenhaus bisher nicht eingetreten.

* Von den zur Abhilfe des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes ausgegebenen Darlehnskassenscheinen waren am 31. October noch 33 150 Thlr. in Umlauf. Die erwähnten Darlehnskassenscheinen werden mit Ablauf des 31. Dezember ungiltig und alle Ansprüche aus denselben an den Staat erlöschen.

— Die preußischen Staatskassen sind angewiesen worden, die bei ihnen vorhandenen, durch den Umlauf im Gepräge undeutlich gewordenen Einzwölftel- und Einfünfzehntel-Thalerstücke (2½- und 2-Silbergroschenstücke, letztere sächsischen Gepräges), die auf der Zehntheilung des Groschen beruhenden Zweipfennigstücke und nach der Zehn- oder Zwölftheilung des Groschens ausgeprägten Einpfennigstücke zu sammeln und abzuliefern, dergestalt, daß sie nicht wieder in den Verkehr zurückkommen. Es versteht sich von selbst, daß hier nur von denjenigen Münzstücken die Rede ist, deren Gepräge durch den Umlauf undeutlich geworden ist, da es nicht in der Absicht liegt, die für 25 Pfennige geltenden Zweiundeinenhalbengroschenstücke u. s. w. aus dem Verkehre zu ziehen. Desgleichen steht es gesetzlich fest, daß die Einpfennigstücke alten Gepräges ganz denselben Werth wie die Reichs-Einpfennigstücke haben.

[Berichtigung.] In der Besprechung der Oper „Der Haideschacht" in der heutigen Morgen-Nummer ist in der 6 Spalte, 10 Z. v. oben „einige täuschend ähnliche" statt „einige tausend ähnliche" zu lesen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 10. November. Effecten-Societät. Creditactien 163⅞, Franzosen 242⅛. Lombarden 91, Galizier 167½, Reichsbank —, 1860er Loose 109⅛, Silberrente 64⅞. — In Folge des Artikels der „Wiener Abendpost" bessere Stimmung.

Bremen, 10. Nov. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,20, pr. Dezember 11,35, pr. Januar 11,55, pr. Februar 11,75. Ruhig.

Amsterdam, 10. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco fester, pr. November niedriger, 283, pr. März höher, 297. — Roggen loco und auf Termine unverändert, pr. März 193, pr. Mai —. — Raps loco —, pr. Frühjahr 424 Fl. — Rüböl loco 39¾, pr. Dezbr. 40, pr. Mai 40¾. — Wetter: Regen.

Wien, 10. Novbr. (Schlußcourse.) Papierrente 69,60, Silberrente 73,20, 1854r Loose 105,50, Bankactien 930,00, Nordbahn 1707, Creditactien 193,10, Franzosen 278,75, Galizier 194,75, Kaschau-Oderberger 115,50, Pardubitzer 134,00, Nordwestbahn 138,30, do. Lit B. 45,20, London 114,05, Hamburg 55,70, Paris 45,25. Frankfurt 55,65, Amsterdam —, Creditloose 161,75, 1860er Loose 110,60, Lomb. Eisenbahn 103,50, 1864er Loose 133,50, Unionbank 69,30, Anglo-Austria 90,00, Napoleons 9,15, Ducaten 5,39, Silbercoupons 105,00, Elisabethbahn 161,50, Ungarische Prämienloose 78 10, Preuß. Banknoten 1,69¼. Türk. Loose 32,75.

London, 10. Novbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert, angekommene Ladungen vernachlässigt, schwimmende ungefragt, anderes schleppend. Preise weichend. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 55 300, Gerste 4550, Hafer 23 360 Orts. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 10. Nov. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 7$\frac{3}{16}$, middling amerikanische 6⅞, fair Dhollerah 4$\frac{11}{16}$, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5¼, new fair Oomra 4$\frac{11}{16}$, good fair Oomra 5$\frac{5}{16}$, fair Madras 4¾, fair Pernam 7¾, fair Smyrna 6¼, fair Egyptian 7¾. — Matt, Ankünfte stetig. — Upland nicht unter low middling März-Lieferung 6$\frac{13}{16}$d, Orleans nicht unter low middling März-Verschiffung pr. Segler 7d.

Paris, 10. Nov. (Schlußcourse.) 3% Rente 65,45. Anleihe de 1872 103,57½. Italienische 5pCt. Rente 72,00. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 612,50. Lombardische Eisenbahn-Actien 223,75. Lombardische Prioritäten 231,00. Türken de 1865 24,60. Türken de 1869 147,00. Türkenloose 70,50. — Credit mobilier 185. Spanier extér. 17,68, do. intér. 15⅛.

Paris, 10. Nov. Productenmarkt. Weizen fest, pr. November 26,50, pr. Dezember 26 75, pr. Januar-April 27,50, pr. März-Juni 28,75. Mehl fest, pr. November 59,25, pr. Dezember 59,25, pr. Januar-April 61,00, pr. März-Juni 62,50. Rüböl steig., pr. November 98,25, pr. Dezember 98,25, pr. Januar-April 94,50, pr. Mai-August 91,75. Spiritus steig., pr. November 44,50.

Antwerpen, 10. Nov. Getreidemarkt. geschäftslos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28¼ bez. und Br., pr. November 28 bez., 28¼ Br., pr. Dezember 28¼ bez., 28½ Br., pr. Januar 28½ Br., pr. Februar 28½ Br. — Weichend.

Newyork, 9. Novbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4D. 81C., Goldagio 14⅞, 5/20 Bonds pr. 1885 116, do. 5% fundirte 115⅝, 5/20 Bonds pr. 1887 120¾, Eriebahn 17⅜, Central-Pacific 103½, Newyork Centralbahn 104¼. Höchste Notirung des Goldagios 15, niedrigste 14½. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 13⅜, do. in New-Orleans 12⅝, Petroleum in Newyork 13¼, do. in Philadelphia 12⅞, Mehl 5D. 95C., Rother Frühjahrsweizen 1D. 36C., Mais (old mixed) 75C., Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅞, Kaffee (Rio-) 19¼, Schmalz (Marke Wilcox 13⅜C., Speck (short clear) 11C., Getreidefracht 7½.

Productenmärkte.

Königsberg, 10. Novbr. (v. Portatius & Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 127℔ und 130℔ 196,50, 128℔ 198,75, 130/1℔ 200, 131℔ 195,25, 132℔ 204,75, 207 ℳ bez., bunter 130℔ blsp 178,75 ℳ bez., rother 128/9℔ 193, 131/2℔ 193, 197,75 ℳ bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer 123/4℔ 143,75 127℔ 150, 128/9℔ 151 25 ℳ bez., fremder 114/5℔ 132,50 ℳ bez., November 140 ℳ Br., 138 ℳ Gd., Frühjahr 1876 148 ℳ Br., 146 ℳ Gd. — Gerste pr. 1000 Kilo große 137 ℳ bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 156 ℳ bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 168,75 ℳ bez., graue 195,50 ℳ bez., grüne 188,75 ℳ bez. — Bohnen pr. 1000 Kilo 177,75, 178,75, 180 ℳ bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 186,75, 188,75 ℳ bez. — Leinsaat pr. 1000 Kilo feine 227, hochfein 238,50 ℳ bez., mittel 194,25, 200 ℳ bez. — Spiritus pr. 10,000 Liter % ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 47¾ ℳ bez., November 48 ℳ Br., 447½ ℳ Gd., Dezember 47¾ ℳ bez., November-März 49¾ ℳ Br., 49 ℳ Gd., Frühjahr 1876 51½ ℳ Br., 51 ℳ Gd.

Stettin, 10. Nov. Weizen pr. Novbr.-Dezbr. 199,50 ℳ, pr. April-Mai 211,00 ℳ — Roggen pr. November-December 149,50 ℳ, pr. December-Januar 151,00 ℳ, pr. April-Mai 156,00 ℳ — Rüböl 100 Kilogr. pr. November-Dezember 65,50 ℳ, pr. April-Mai 70,00 ℳ — Spiritus loco 46,40 ℳ, pr. Novbr.-December 46,50 ℳ, pr. April-Mai 50,00 ℳ — Rübsen pr. Frühjahr 330,00 ℳ — Petroleum loco 11,60 bis 11,70 ℳ bez., 11,70 ℳ Br., Regulirungspreis 11,60 ℳ, pr. November-Dezember 11,40 ℳ bez., 11,50 ℳ Br., December-Januar 11,75 ℳ Br., Januar-Februar 12 ℳ Br. — Schmalz, loco St. George 65,50 ℳ bez.

Berlin, 10. November. Weizen loco pr. 1000 Kilogramm 173—217 ℳ nach Qualität gefordert, pr. November 197,50 ℳ nominell, pr. November-Dezember —, pr. Dezember-Januar —, pr. April-Mai 210,50—212,00—211,00 ℳ bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogr. 150—175 ℳ nach Qualität gef., pr. November 154,50—155,50 ℳ bez., pr. November-Dezember 154,50—155,50 ℳ bez., pr. Dezbr.-Jan. 157,50—156,50—157,00 ℳ bez., pr. Frühjahr 160,00—159,50 ℳ bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. 127—186 ℳ n. Qual. gef. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 135—184 ℳ nach Qual. gefordert. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 186—230 ℳ nach Qual., Futterwaare 175—185 ℳ nach Qual. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 27,50—26,25 ℳ, No. 0 und 1 25,75—24,75 ℳ — Roggenmehl pr. 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 23,50—22,25 ℳ, No. 0 und 1 21,50—19,50 ℳ pr. November 21,10—21,05 ℳ bez., pr. November-Dezember 21,10—21,05 ℳ bez., pr. Dezember-Januar 21,30—21,25—21,30 ℳ bez., pr. Januar-Februar 21,45 bis 21,50 ℳ bez., pr. Februar-März 21,75 ℳ bez., pr. Februar 21,65 ℳ bez., pr. April-Mai 21,80 bis 21,75 ℳ bez. — Leinöl pr. 100 Kilogr. ohne Faß 59 ℳ bez. — Rüböl pr. 100 Kilogr. loco ohne Faß 67,8 ℳ bez., pr. Novbr. 68,5—68,7—68 ℳ bez., pr. Novbr.-Decbr. 68,5—68,7—68 ℳ bez., pr. Dezbr.-Januar 68,5—68,3 ℳ bez., pr. Jan.-Febr. —, pr. April-Mai 70—70,3—70 ℳ bez. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 26 ℳ bez., pr. November 24,7 ℳ bez., pr. November-Dezbr. 24,7 ℳ bez. — Spiritus pr. 100 Liter à 100 % = 10,000 % loco ohne Faß 46,2 ℳ bez., mit Faß pr. November 47,5—47,7 ℳ bez., pr. November-Dezember 47,5—47,7 ℳ bez., pr. Dezember-Januar 47,6—47,8 ℳ bez., pr. April-Mai 50 50,8—51 ℳ bez., pr. Mai-Juni 51,1—51,3 ℳ bez., pr. Juni-Juli 52,2—52,3 ℳ bez.

Berliner Fondsbörse vom 10. November 1875.

Bei dem heutigem Verkehr schien sich Anfangs die günstige Stimmung von gestern auch auf den heutigen Verkehr übertragen zu wollen; später aber, als einige Insolvenzen, die den hiesigen Platz berühren, bekannt wurden, ermattete die Haltung sehr und blieb auch bis zum Schluß der Börse recht gedrückt. Die bemerkenswertheste Zahlungseinstellung betraf die allgemein geachtete Firma Heß u. Katz. Die hauptsächlich Betroffenen gehören zwar zu den ersten Bankhäusern unseres Platzes und sind nur mit verhältnißmäßig geringen Beträgen betheiligt, immerhin hat aber das Bekanntwerden von Details, welche sich auf Entnahmen der Firma Heß u. Katz bezogen, das Vertrauen im Allgemeinen erschüttert. Die internationalen Speculationswerthe gingen mäßig, aber unter zahlreichen Schwankungen um, nur Oesterr. Creditactien erfuhren einen verhältnißmäßig stärkeren Rückgang, Lombarden zeigten sich am festesten. In localen Speculationseffecten war das Geschäft sehr klein die Course schlugen in langsamem Tempo weichende Richtung ein. Auswärtige Staatsanleihen blieben sehr ruhig, Oesterr. Renten behaupteten sich auf gestriger Notiz. Italiener waren schwach, Türken und 1860er Loose ließen aber im Course nach. Russische Werthe zeigten sich beruhigter, Preuß. und andere deutsche Staatspapiere betheiligten sich nur in sehr geringem Grade am Verkehr. Auch in Eisenbahn-Prioritäten gewann das Geschäft nur sehr geringe Ausdehnung. Auf dem Eisenbahnactien-Markte herrschte im Allgemeinen eine feste Haltung und behaupteten sich im Allgemeinen die gestrigen Course. Bankactien trugen einen festeren Charakter, Industriepapiere fanden wenig Beachtung.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	104,25
Pr. Staats-Anl.	4½	—
do. do.	4	98,40
Staats-Schuldsch.	3½	90,90
Pr. Präm.-A. 1855	3½	129,50
Landsch. C.-Pfdbr.	4	93,75
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	84
do. do.	4	93,40
do. do.	4½	100
Pomm. Pfandbr.	3½	83,70
do. do.	4	93
do. do.	4½	102,25
Posensche neue do.	4	93,25
Westpreuß. Pfdbr.	3½	83,75
do. do.	4	92,30
do. do.	4½	99,90
do. do.	5	106,50
do. neue	4	92,50
do. do.	4½	100
Pomm. Rentenbr.	4	95,50
Posensche do.	4	94,40
Preußische do.	4	95,10
Bad. Präm.-Anl. von 1867 ...	4	119,90
Bayer. Präm.-A.	4	122,75
Braunsch. Pr.-A.	—	81
Cöln.-Md. Pr.-S.	3½	108,25
Hmbg. 50rtl. Loose	3	177,80
Lübecker Pr.-Anl.	3½	174
Meininger Loose	3	132,50

Hypotheken-Pfandbr.

Unk. Pfd. Pr. H.-Bk.	5	94,25
Bod. Crd. Hyp.-Pfd.	5	102,40
Cent. Bd. Cr.-Pfdb.	5	104,60
do do.	4½	97,50
Kündb do.	4½	100
Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	100
Goth. Präm.-Pfd.	5	105,75
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rkz. 110	5	100
III. Em. rkz. 100	5	99,75
Stett. Nat. Hyp.-B.	5	101

Ausländische Fonds.

Oesterr. Pap.-Rente	4⅕	61,40
do. Silber-Rente	4⅕	64,75
do. Loose 1854	4	103,50
do. Cred.-L. v. 1858	—	334
do. Loose v. 1860	5	109
do. Loose v. 1864	—	297
Ungar. Eisenb.-An.	5	74,30
Ungarische Loose	5	166
do. Schatzanw. II.	6	91,20
Russ.-Egl. Anl. 1822	5	—
do. do. Anl. 1859	3	69,50
do. do. Anl. 1862	5	98,50
do. do. von 1870	5	—
do. do. von 1871	5	97,50
do. do. von 1872	5	97,75
Russ. Stiegl. 5. Anl.	5	83,25
do. Stiegl. 6. Anl.	5	96,20
do. Präm.-A. 1864	5	190,20
do. do. von 1866	5	186
Russ. Bod. Crd. Pfd.	5	85,40
Russ. Central. do	5	91,50
Russ. Pol. Schatzobl.	4	84,60
Pol. Certific. Lit. A.	5	—
do. Part.-Oblig.	4	—
do. Pfd. 3. Em. S-R	4	—
do. do. do. do.	5	77,75
do. Liquidat.-Pr.	4	68,25
Amerik. Anl. p. 1885	6	98,70
do. 5% Anl.	5	98,75
do. do. p. 1881	6	102,60
Newyork. Stadt-A.	7	100,10
do. Gold-A.	6	98
Italienische Rente	5	71
do. Tabaks-Act.	6	492
do. Tabaks-Obl.	6	98,60
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-Pr.A.	4	78,50
Rumänische Anleihe	8	101,50
Türk. Anl. v. 1865	5	23
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	58

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts Actien.

		Div. 1874
Aachen-Mastricht	18,70	1
Bergisch-Märk.	77,50	3
Berlin-Anhalt	105,75	8½
Berlin-Dresden.	20,50	5
Berlin-Görlitz	32,50	0
do St.-Pr.	62,50	5
Berlin-Hamburg	168,90	12½
Berlin. Nordbahn	1	0
Berl.-Psd.-Magd.	64,50	1⅔
Berlin-Stettin	119	9½
Bresl. Schw.-Frbg.	76,75	7½
Köln-Minden	90,25	6⅜
do. Lit B.	92	5
Crf.-Kr.-Kempen	0,60	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	8	0
do. St.-Pr.	19	0
Hannover-Altenbek	10	0
do. St.-Pr.	26	0
Märkisch-Posen	17,50	0
do. St.-Pr.	60	0
Magdeb.-Halberst.	43,50	3
do. St.-Pr.	48,50	3½
do. C.	80,75	5
Magdeb.-Leipzig	206,75	14
† do. Lit. B.	87,90	4
Münst.-Ensch. St.-B.	—	5
Nordhausen-Erfurt	28,25	4
do. St.-Pr.	23	0
Oberschl. A. u. C.	140,50	12
do. Lit. B.	129,90	12
Ostpreuß. Südbahn	22	0
do. St.-Pr.	66,75	0
Pomm. Centralbhn.	0,25	0
Rechte Oderuferb.	94,75	6½
do. St.-Pr.	104	6⅓
Rheinische	107,50	8
Rhein-Nahe	11	0
† Stargard-Posen	100,25	4½
Thüringer	112	7½
Tilsit-Insterburg	23	0
Weimar-Gera gar.	54	4½
do. St.-Pr.	22	5
Brest-Grajewo	29,25	—
Brest-Kiew	59,75	0
† Galiz. Carl-L.-B.	84,50	8,67
Gotthardbahn	63,75	6
† Kronpr. Rud.-B.	50,30	5
Lüttich-Limburg	12,50	0
Oester.-Franz. St.	486,50	8
† do. Nordwestb.	236	5
do. B. junge	72,50	5
† Reichenb. Pardb.	56	4½
Rumänische Bahn	28,75	—
do. St.-Pr.	85,50	8
† Russis. Staatsb.	105,50	5⅘
Südösterr. Lomb.	183	1½
Schweiz. Unionb.	3,50	0
do. Westb.	5,40	0
Warschau-Wien	230	—

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	92,75
† Kaschau-Oderbg.	5	66,25
† Kronpr. Rud.-B.	5	75,50
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	313,50
† Südöst. B. Lomb.	3	225,90
† Südöst. 5% Oblg.	5	79,40
† Oester. Nordwestb.	5	80,60
do. do. B Elbethal	5	65,70
† Ungar. Nordostb.	5	59,60
† Ungar. Ostbahn	5	56
Brest-Grajewo	5	80,50
† Charkow-Azow rtl.	5	95,60
† Kursk-Charkow	5	96
† Kursk-Kiew	5	97,50
† Mosco-Rjäsan	5	99,10
† Mosco-Smolensk	5	96,25
Rybinsk-Bologoye	5	86,20
† Rjäsan-Kozlow	5	98
† Warschau-Teresp.	5	—

Bank- und Industrieactien.

		Div. 1874
Berliner Bank	87	0
Berl. Bankverein	74	4½
Berl. Cassen-Ver.	192	19⅕
Berl. Com. (Sec.)	60	0
Berl. Handels-G.	89	7
Berl. Wechslerbk.	41	0
Bresl. Discontob.	59	4
Centrlb. f. Bauten	19,75	4
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	63	4
Danzig. Bankver.	50	0
Danziger Privatb.	114	6
Darmst. Bank	108,75	10
Deutsche Genoss.-B.	90,50	6
Deutsche Bank	76,50	5
Dtsch. Eff. u. W.	105	8⅓
Deutsche Unionb.	76,75	3
Disc.-Command.	114,50	12
Gew.-Br. Schuster	22,50	0
Int. Handelsges.	33	0
Königsb. Ver.-B.	81	5¾
Meining. Creditb.	79	4
Norddeutsche Bank	122,50	10⅘
Oest. Credit.-Anst.	332,50	6⅞
Preußische Bank	164	12¾
do. Bodencr.-B.	88,75	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	115,90	9½
Preuß. Crd.-Anst.	53	0
Pom. Rittersch.-B.	117	9⅙
Schaffhaus. Bnkv.	75	5½
Schles. Bankverein	80	6
Stett. Vereinsbank	82,50	0
Ver.-Bk. Quistorp	14	0
Actien d. Colonia	6300	55
Bauverein Passage	17	⅓
Brl. Centralstraße	29,50	3
Deutsche Baugesl.	47	0
do. Eisnb.-B.-G.	5,50	0
do. Reichs-Cont.	68,75	4
Wäseman Bau-G.	34	2½
A. B. Omnibusg.	86,50	10
Str.-F. f. Baumat.	18	0
S.-A. f. G. u. W.-A.	1	0
Nordd. Pap.-Fabr	20	0
Wöhlert Maschinf.	18,50	5½
Westend-Gesellsch.	8,50	0
Baltischer Lloyd	31,30	0
Königsbg. Vulkan	—	0
Märkisch. Sch. M.	0,80	0
Obrschl. Eisnb.-B.	36	[illegible]

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1874
Dortm. Union Bgb.	8,75	0
Königs- u. Laurah.	67	—
Stolberg, Zink	20	1
do. St.-Pr.	80	6
Victoria-Hütte	31,75	—

Wechsel-Cours v. 10. Nov.

Amsterdam	8 Tg.	3	—
do.	2 Mn.	3	—
London	8 Tg.	4	—
do.	3 Mn.	4	—
Paris	8 Tg.	4	—
Belg. Bankpl.	8 Tg.	4½	—
do.	2 Mn.	4½	—
Wien	8 Tg.	5	177
do.	2 Mn.	5	176
Petersburg	3 Wch.	5½	267,15
do.	3 Mn.	5½	265,15
Warschau	8 Tg.	5½	267,20

Sorten.

Louisd'or	—
Dukaten	9,52
Sovereigns	20,31
Napoleonsd'or	16,15
Imperials	—
Dollar	4,17
Fremde Banknoten	99,86
Oesterreichische Bankn.	177,30
do. Silbergulden	186,40
Russische Banknoten	267,60

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.